



ICEP *berichte*

2005–2007

Inhalt

Das ICEP im Profil.....	2
Die KHSB – das »Dach« des ICEP	2

Karl Kardinal Lehmann Das ICEP – Ethische Ideenagentur in der »Berliner Republik«	3
---	---

Dieter Althaus Erwartungen der Politik an eine ethische Politikberatung	4
---	---

Andreas Lob-Hüdepohl Politikberatung durch ethische Ideen- agenturen.....	6
---	---

Interview mit Wolfgang Thierse Ethikberatung – Jenseits von Lobbying und Partikularinteressen.....	10
--	----

Themen und Projekte

Ethik des Sozialstaats	13
Umweltethik	14
Ethik Sozialer Arbeit.....	15
Community Organizing.....	16
Medizin- und Bioethik.....	17
Migration und Integration.....	18
Bildung.....	19
Ethik und Gender Studies.....	20

Beirat und Institutsmitglieder

Der Beirat	21
Profile der Institutsmitglieder.....	21

Ausblicke	31
-----------------	----

Einblick in die Arbeit

Professor Dr. Dietmar Mieth, Vorsitzender des Beirats

In vielen Politikbereichen, besonders auch im Sozial- und Gesundheitswesen, stehen normative Weichenstellungen mit weitreichenden Entscheidungen und Veränderungen auf der Tagesordnung. Beispiele dafür sind die Reform des Sozialstaats – insbesondere die Reform der Gesundheitsversicherung, der Pflegeversicherung und die Hartz-IV-Reformen – der Diskurs um Nachhaltigkeit und Klimaschutz und die Gestaltung der Integration von Menschen mit Migrationshintergrund. Politische Entscheidungsträger haben nicht nur für die fachliche Seite der unterschiedlichen politischen Optionen wachsenden Beratungsbedarf, sondern auch hinsichtlich ihrer moralischen Verantwortbarkeit und ihrer ethischen Fundamente. Zudem ist das plurale demokratische Gemeinwesen darauf angewiesen, dass sich an der politischen Willensbildung und Entscheidungsfindung eine Vielzahl von gesellschaftlichen Gruppierungen und zivilgesellschaftlichen Akteuren verantwortlich beteiligt.

Seit 2005 begleitet und berät das Berliner Institut für christliche Ethik und Politik (ICEP) Akteure in Politik, Kirche und Zivilgesellschaft vom Standpunkt einer anwendungsorientierten christlichen Ethik und versteht sich als politische Ideenagentur und Impulsgeber. Im Rahmen von Forschungsprojekten, Tagungen, Fachgesprächen und Expertisen bereitet es ethisch relevante Informationen auf und bezieht begründet Position zu sozialetischen Fragestellungen. Welche grundlegenden moralischen Alternativen liegen den unterschiedlichen Reformvorschlägen für die soziale Sicherung zugrunde und wie sind sie ethisch zu bewerten? Auf welchen normativen Fundamenten ruht der Sozialstaat auf? Wie können Effizienz und Gerechtigkeit im Gesundheitswesen zusammengedacht werden? Was macht eine »ethisch gute Pflege« aus und welche Anforderungen ergeben sich daraus für die Reform der sozialen Pflegeversicherung? Wie kann eine gerechte Gestaltung der Politikbereiche Bildung, Umwelt und Integration gelingen? Dies sind einige Themen, an denen das ICEP in den vergangenen Jahren gearbeitet und zu denen es Expertisen erstellt hat. Der vorliegende Tätigkeitsbericht möchte einen Einblick in die bisher geleistete Arbeit ermöglichen und Perspektiven für Anschlussprojekte und geplante Arbeitsvorhaben aufzeigen.



Das ICEP im Profil

Das ICEP untersucht die normativen Grundlagen und Implikationen gesellschaftlicher Wandlungsprozesse und erarbeitet Expertisen zu den ethischen Dimensionen gesellschaftspolitischer Fragestellungen. Als politische Ideenagentur begleitet und berät das ICEP politische Akteure in Politik, Kirche und Zivilgesellschaft vom Standpunkt einer anwendungsorientierten christlichen Ethik aus. Das ICEP erarbeitet wissenschaftlich-sozialethische Positionen und Analysen zu gesellschaftspolitischen Fragestellungen auf der Grundlage einer kritisch-konstruktiven Vergewisserung der christlichen Traditionen wie auf der besonderen Anwaltschaft für diejenigen, denen die Verwirklichung elementarer Menschenrechte verwehrt ist.

Das ICEP vertritt eine christliche Ethik, die in den Diskurs mit politischen Akteuren und den vertretenen moralischen Überzeugungen und Wertungen im Rahmen von wissenschaftlichen Expertisen eingespeist wird. Es geht darum, politische Entscheidungsfragen interdisziplinär zu analysieren, sie auf ihre moralischen Dimensionen zu befragen, die Handlungsoptionen kritisch-normativ zu gewichten und so zu konkreten, ethisch ausgewiesenen Beurteilungen und Empfehlungen zu gelangen. Damit werden zugleich gesellschaftlich relevante Einsichten für den ethischen Diskurs fruchtbar gemacht. Das ICEP bearbeitet klar umrissene wissenschaftliche Projekte, um in zeitlich definierten Grenzen zu Ergebnissen und Empfehlungen zu kommen. Es geht dabei sowohl projektbezogene als auch kontinuierliche Kooperationen mit anderen wissenschaftlichen, politikberatenden und kirchlichen Institutionen ein. Zu seiner Arbeitsweise gehören die dezentrale Projektkoordinierung mit ergebnisorientierter Zusammenführung sowie der enge Austausch mit politischen Akteurinnen und Akteuren zur Abstimmung mit deren Bedarfen.

Die KHSB – das »Dach« des ICEP

Das Berliner Institut für christliche Ethik und Politik (ICEP) ist eine wissenschaftliche Einrichtung der Katholischen Hochschule für Sozialwesen Berlin (KHSB). Die KHSB wurde 1991 gegründet und ist eine staatlich anerkannte Fachhochschule in der Trägerschaft des Erzbistums Berlin. Das kirchliche Engagement im sozialen Ausbildungsbereich gründet im Auftrag der Kirche, sich an der Gestaltung des gesellschaftlichen Lebens zu beteiligen und zur Lösung sozialer Probleme beizutragen. Neben der Verkündigung des Evangeliums sowie dem Engagement in Bildung und Ausbildung sind die soziale Tätigkeit und Sorge für Bedürftige eine Kernaufgabe kirchlichen Wirkens. Nur so kann sie dem eigenen christlichen und kulturellen Anspruch als »Kirche in der Welt« nahekommen.

Die KHSB versteht sich aus ihrem Selbstverständnis heraus als Ausbildungsort für all diejenigen, die sich in bewusster wie auch in kritischer Loyalität mit dem christlichen Glauben und der biblischen Hoffnung auf Heilung der Menschen in dieser Welt auseinandersetzen wollen. Sie steht daher explizit Studienbewerberinnen und -bewerbern aller Weltanschauungen offen, freilich mit der Erwartung, dass diese den kirchlichen Auftrag der KHSB respektieren. Die KHSB will die Vielfalt religiöser Fragen und Antwortversuche sprachfähig machen und miteinander ins Gespräch bringen. Sie will ein Ort der Bildung sein, in dem nicht monologisch belehrt, sondern dialogisch um befriedigende Antworten gerungen wird – offen, kritisch und im gegenseitigen Respekt. Den konstruktiven Dialog zwischen verschiedenen Weltanschauungen zu initiieren und für die alltäglichen Anforderungen Sozialer Arbeit fruchtbar zu machen, gehört daher zum spezifischen Profil der KHSB. Ein reflektierter und zugleich offener christlicher Standpunkt im Sozial- und Gesundheitswesen profiliert nicht nur Soziale Arbeit und Heilpädagogik, sondern leistet in ihrer Lehre und Forschung einen originären Beitrag für eine zeitgemäße christliche Gottesrede.



Das ICEP – Ethische Ideenagentur in der »Berliner Republik«

Karl Kardinal Lehmann, Bischof von Mainz und Vorsitzender der Deutschen Bischofskonferenz

Vor nunmehr zwei Jahren wurde das Berliner Institut für christliche Ethik und Politik gegründet. Seit dieser ersten Veranstaltung hat es den Austausch zwischen politischen Akteuren über die ethischen Grundlagen und Optionen innerhalb des politischen Gestaltungsraums in den Mittelpunkt seiner Arbeit gestellt. Mit diesem Arbeitsprogramm kommt das ICEP der philosophisch-theologischen Einsicht des Zweiten Vatikanischen Konzils nach.

Die Autonomie der irdischen Wirklichkeiten, wie sie das Konzil versteht (vgl. GS 20, 36, 41, 55 f., 71, 75 f.), steht nicht in einem unauflösbaren Widerspruch zur Schöpfung durch Gott; dieser lässt jedoch die endlichen Wirklichkeiten sich nach eigenen Gesetzmäßigkeiten entfalten. Dies gilt auch in gewissem Sinn für das Ethos, die Moral und zum Teil auch für das Recht. Die dabei an den Tag kommenden oder als Voraussetzung dienenden Grundsätze, wie z. B. die Menschenwürde, werden zwar im Licht des Glaubens zuverlässig erkannt, sind aber nach ihrer Entdeckung meist auch durch das Vermögen der natürlichen Vernunft einsichtig und begründbar. Dies ist insgesamt mit anderen Erkenntnissen ein wichtiges Fundament für die Frage nach den Kriterien zur Gestaltung der gesellschaftlich-politischen Wirklichkeit. Dieses ist unter dieser Voraussetzung im Kern nicht einfach abhängig von der Offenbarungswahrheit. Zentraler Auftrag der Politik ist es,

die gerechte Ordnung der Gesellschaft sicherzustellen. Das gilt zumindest dann, wenn Politik mehr sein will als nur eine technokratische Ausgestaltung der Gesellschaft oder ein ausschließlich strategisch-instrumentelles Handeln. Wollen die politischen Akteure sich nicht stets auf die vermeintliche Logik des Sachzwangs zurückziehen, dann benötigen sie notwendig qualifizierte ethische Beratung. Insofern kommt das ICEP einem zweifachen Auftrag nach:

(a) Aus philosophisch-theologischer Perspektive wird es den Aussagen des Konzils gerecht, wenn es sich bei der Beantwortung der Gerechtigkeitsfragen einmischt, somit die Welt mit ihren wahren oder auch angeblichen Eigengesetzlichkeiten mitgestaltet – aber eben in einen normativen Rahmen stellt.

(b) Aus dem Blickwinkel der Politik ist eine qualifizierte ethische Beratung gefragt, die gerade in der wertgebundenen Rückbindung an die kirchliche Soziallehre ihre Unabhängigkeit erweist. Diese sozialetische Grundlage muss sich freilich in den Diskussionen pluralistischer Gesellschaften immer wieder als anschlussfähig erweisen. Aber gerade in pluralistischen Gesellschaften ist es notwendig, dass auch das christliche Menschen- und Gesellschaftsbild in den Diskussionen über die gerechte Ausgestaltung dieser Gesellschaft zur Geltung gebracht wird, nicht zuletzt weil es sich für das beschädigte Leben sensibel zeigt. Nicht nur die Philosophie, auch

die Politik sollte sich gegenüber religiösen Überlieferungen lernbereit zeigen und einen kritischen Umgang mit der säkularisierten Moderne einüben.

Politische Entscheidungsprozesse stehen immer in der Gefahr, dass sie von ausschließlich partikularen Interessenlagen und dem Willen zur Macht bestimmt werden. Deshalb kann gerade eine christlich verantwortete Politikberatung, die auf ethischen Orientierungspunkten und Überzeugungen gründet, zur »Reinigung der Vernunft« beitragen und »eine entgleisende Modernisierung der Gesellschaft im ganzen« (Jürgen Habermas) verhindern helfen. Es ist der unmittelbare Auftrag von Politikberatung aus christlicher Hand »durch ethische Bildung ihren Beitrag zu leisten, damit die Ansprüche der Gerechtigkeit einsichtig und politisch durchsetzbar werden« (Enzyklika Papst Benedikts XVI. »Deus caritas est«, Nr. 28).

Bereits in meinem Grußwort zur Gründungsveranstaltung des Berliner Instituts für christliche Ethik und Politik habe ich betont, dass eine ethische Politikberatung aus christlicher Perspektive vor mannigfaltigen konkreten Herausforderungen steht: Die Reform der sozialen Sicherungssysteme steht erst am Anfang und ist längst noch nicht abgeschlossen; die Arbeitslosigkeit sinkt zwar angesichts der guten konjunkturellen Situation, aber immer noch sind fast vier Millionen Menschen ohne Arbeit. Auch ist die strukturelle Benach-

teilung von Familien, zu der sich auch das Bundesverfassungsgericht mehrfach eindeutig geäußert hat, noch lange nicht abgebaut. Was in den Parteien, Ministerien, Verbänden und anderen Institutionen oftmals sehr technisch diskutiert wird, kann aber letztlich ohne einen Rückbezug auf die ethischen Implikationen nicht verstanden werden. Da es einer ethischen Politikberatung um mehr als Gewissensbildung in der Politik gehen muss, nämlich darum, die Welt konkret mitzugestalten, muss sie sich auf eine unmittelbare, diskursive Auseinandersetzung mit den maßgeblichen und politisch verantwortlichen Akteuren einlassen. Ethische Politikberatung versucht so, auf dem Weg der vernünftigen Argumentation Kriterien für gerechtes politisches Handeln in den gesellschaftlichen Diskurs einzubringen.

Ich freue mich, dass das ICEP als Institut der Katholischen Hochschule für Sozialwesen in Berlin seine Expertise in das politische Gespräch der »Berliner Republik« einbringt und mit unterschiedlichen Vermittlungsformen auf das Konkrete zielt. Der Rat der Ethik wird langfristig immer nachgefragt werden, weil die politischen Akteure unabwiesbar immer vor der Frage stehen, wie sie die Gerechtigkeit verwirklichen können. Bei der Beantwortung dieser Frage, bei der Aufgabe, das Bewusstsein für moralische Fragen zu schärfen, kann das ICEP auch weiterhin einen wichtigen Beitrag leisten. Für die Zukunft wünsche ich deshalb, dass die Ratschläge, Beiträge, Einlassungen und Interventionen der Mitarbeiter weiterhin auf offene Ohren stoßen.

Berlin/Mainz/Bonn, 20. Juli 2007



Erwartungen der Politik an eine ethische Politikberatung

Dieter Althaus, Ministerpräsident des Freistaats Thüringen

»Der Tor hält sein eigenes Urteil für richtig, der Weise aber hört auf Rat«, heißt es schon im Alten Testament. Eine Weisheit, die der amerikanische Präsident Woodrow Wilson beherzigte, als er erklärte: »Ich benütze nicht nur das Gehirn, das ich besitze, sondern ich borge mir noch zusätzlich, was ich bekommen kann.« Einer seiner Amtsnachfolger, John F. Kennedy, bekannte: »In der Vielzahl der Berater liegt die Sicherheit.« Und Machiavelli, der vielzitierte italienische Machtpolitiker, gab zu bedenken: »Die guten Ratschläge [...] müssen ihren Ursprung in der Klugheit des Fürsten haben – nicht umgekehrt!«

Diese Äußerungen aus unterschiedlichen Epochen machen die Notwendigkeit qualifizierter Beratung deutlich – und die Bereitschaft, gute Ratschläge anzunehmen. Das setzt – frei nach Machiavelli – die Gabe der Differenzierung bei denjenigen voraus, die die Angebote professioneller Ratgeber in Anspruch

nehmen. Ebenso notwendig ist die Unabhängigkeit der Dienstleister, nämlich eine gewisse Distanz zum Kunden, ohne die ein unabhängiges, ausgewogenes Urteil nicht möglich wäre. Das gilt für sämtliche Lebensbereiche – gleich ob in Sport, Wirtschaft, Kunst, Wissenschaft, Kirche oder Politik.

In diesem Beitrag geht es um die Erwartungen der Politik an eine ethische Politikberatung. Mit anderen Worten: Es wird nicht nur nach fachlich-technischen Ratschlägen für Politiker gefragt, sondern nach einer wertebundenen qualifizierten Beratung, die sich an christlichen Normen orientiert. Die Ethik, die »sittliche« Wissenschaft als eigenständige philosophische Disziplin, sucht nach Antworten auf die Frage nach dem richtigen Handeln; sie definiert Kriterien für gute und schlechte Verhaltensweisen, sie stellt Motive und Folgen politischer Entscheidungen auf den moralischen Prüfstand. Dabei baut sie vor

allem auf das Prinzip der Vernunft. Nach welchen Kriterien bemisst sich gutes oder schlechtes Handeln der Politiker? Welche Instanz legt fest, was gut oder schlecht ist? Die Partei, der Wählerwille, der jeweilige Zeitgeist, die monatlichen Meinungsumfragen – oder die Vernunft und das durch den christlichen Glauben geprägte Gewissen? Diese Fragen muss sich jeder Politiker selbst beantworten.

Sicher: Rationales Handeln ist unverzichtbar. Politik ist und bleibt immer eine Frage der praktischen Vernunft und des Augenmaßes, wie schon Max Weber gesagt hat. Aber genauso wichtig ist es für christliche Politiker, ihr Tun immer wieder darauf zu prüfen, ob sie damit vor ihrem Gewissen und vor Gott bestehen können. Die ausschließliche Ausrichtung an der Vernunft muss nicht automatisch mit dem Richtigen, moralisch Gutem gleichbedeutend sein. Eine christlich motivierte Ethik, die sich als Dienstleister der Politik versteht, kann diese Lücke schließen. Sie führt zusätzliche Maßstäbe ins Feld, die im Glauben begründet sind.

Papst Benedikt XVI. hat es bereits als Joseph Kardinal Ratzinger auf den Punkt gebracht: »Die Politik ist das Reich der Vernunft, und zwar einer nicht bloß technisch-kalkulatorischen, sondern der moralischen Vernunft, da das Staatsziel und so das letzte Ziel aller Politik moralischer Natur ist, nämlich Friede und Gerechtigkeit.«¹ In der Tat: Die Maxime des Friedens ist ein unentbehrlicher Teil der Ethik, genauso wie die Gerechtigkeit. Gleichwohl muss auch einer ethischen Politikberatung bewusst sein, dass das Evangelium nicht eins zu eins in politisches Handeln umgesetzt werden kann. Die Bergpredigt ist kein Regierungsprogramm, kein politisches Rezeptbuch. Demokratisch legitimierte Politik bewegt sich immer zwischen dem Wünschenswerten und dem Machbaren, das durch Kompromisse geprägt ist. Politik ist eben die Kunst des Möglichen! Die Geschichte lehrt zudem: Versuche, das

Evangelium zu politisieren, für politische Zwecke zu instrumentalisieren, haben zu viel Leid, Unrecht und Verfolgung geführt. Ich erinnere z. B. an Inquisition und Hexenverbrennung. Auch unsere Zeit hält warnende Beispiele bereit: Die Verbindung von religiösem Fanatismus und staatlicher Gewalt stellt damals wie heute eine gefährliche Mischung dar, die zu mehr Unfreiheit und weniger Gerechtigkeit und Frieden führt.

Von den Ethik-Consultants eines christlich geprägten Hochschulinstituts wünsche ich mir, dass ihre Ratschläge im Einklang mit der Vernunft stehen – innerhalb eines wertegebundenen Koordinatensystems. Werte sind etwas Beständiges – nämlich Grundorientierungen, die verlässlicher sind als demoskopische Fieberkurven oder die Pendelausschläge des Zeitgeistes. Werte helfen uns, Herausforderungen zu meistern. Sie sind der Kompass, um sich auf neuen Wegen zurechtzufinden. Es gibt politische Fragen, die von existenzieller Bedeutung sind, sodass für Christen nur eine klare und eindeutige Stellungnahme in Frage kommen kann: die Bewahrung der Schöpfung, der Schutz des menschlichen Lebens vom Anfang bis zum Ende. Es ist Aufgabe der ethischen Politikberatung, das Bewusstsein für diese existenziellen Fragen zu schärfen. Der Rat der Ethikexperten ist gefragt, weil mit ihrer Unterstützung das moralische Grundwissen aufgefrischt und eingeübt werden kann, damit die Richtung bei

den politischen Entscheidungen stimmt: Wie gestalten wir das Steuersystem so, dass es den wirtschaftlichen Notwendigkeiten, aber auch unserem Bedürfnis nach Gerechtigkeit entspricht? Wie sichern wir die Sozialversicherungssysteme auf Dauer und verhindern dabei, dass einerseits Menschen an den Rand der Gesellschaft gedrängt werden und andererseits die Beiträge ins Unendliche wachsen? Wie sichern wir die Versorgung der älteren Generation, ohne die jüngere übermäßig zu belasten? Und wie schaffen wir es, dass das »Ja« zum Kind wieder selbstverständlich wird?

Ohne Zweifel: Politisches Gestalten setzt Macht – in Demokratien sind das Mehrheiten – voraus. Aber Macht um jeden Preis, Machtversessenheit und Machtvergessenheit schaden nicht nur dem Volk, sondern letztlich auch demjenigen, der sie ausübt. Es ist Aufgabe einer ethischen Politikberatung, rechtzeitig vor Fehlentwicklungen zu warnen. Karl Kardinal Lehmann hat zum Selbstverständnis der Kirchen einmal gesagt, dass sie auch dazu beitragen wollten, »gute und wirksame Politik möglich zu machen«. In diesem Sinne schätze ich die Arbeit kompetenter Berater, soweit diese die notwendige Entscheidungskompetenz demokratisch gewählter Politiker respektieren. Den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Berliner Instituts für christliche Ethik und Politik wünsche ich viel Erfolg und aufmerksame Zuhörer!



¹ Joseph Kardinal Ratzinger: Werte in Zeiten des Umbruchs. Die Herausforderungen der Zukunft bestehen, Freiburg im Breisgau 2005.

Politikberatung durch ethische Ideenagenturen

Prof. Dr. Andreas Lob-Hüdepohl

Parlamente und Parteien, Regierungen, aber auch Verbände und Nichtregierungsorganisationen bedienen sich zunehmend der Expertise von Gutachtern, Sachverständigengremien und Beratungsagenturen. Ethischer Politikberatung begegnet man jedoch noch immer mit Skepsis; erforderlich ist sie in einer demokratischen Gesellschaft allemal. Deshalb sollen sich auch die Kirchen offensiv engagieren.

Noch herrscht Unklarheit über die Zukunft des Nationalen Ethikrats. Das wohl prominenteste Gremium wissenschaftsgestützter Politikberatung steht seit seiner Einrichtung in der öffentlichen Kritik. Strittig ist weniger seine fachliche Expertise. Diese hat der Nationale Ethikrat in nachdenklichen Gutachten wie öffentlichen Disputationen wiederholt unter Beweis gestellt (vgl. HK, August 2005, 403 ff.). Strittig ist vielmehr seine institutionelle Anbindung beim Bundeskanzler, die in den Augen nicht weniger die gebotene Unabhängigkeit gefährdet und seine demokratische Legitimation – etwa durch den Bundestag – verhindert. Gelegentlich ist sogar der Einwand zu hören, dass ein Ethikrat, der (Regierungs-)Politik beraten soll, etwas leisten will, was allein einer rasonierenden Öffentlichkeit vorbehalten sein muss: die möglichst breite, »unbestellte« Erörterung moralischer Grundsatzfragen auch der Politik. Führt ein von der Regierung bestellter Nationaler Ethikrat nicht zu einer regierungsamtlichen Moral, die mit dem Selbstverständnis einer pluralen Gesellschaft unverträglich wäre?

Der jüngst verstorbene Tübinger Moraltheologe Alfons Auer hat das Sich-Beraten als »Quelle des Ethischen« bezeichnet. Kann das Sich-Beraten in ähnlicher Weise zur Quelle des Politischen werden? Parlamente und Parteien, Regierungen und Verwaltungen, aber auch Verbände und Nichtregierungsorganisationen bedienen sich zunehmend der Expertise von Gutachtern, Sachverständigengremien und Beratungsagenturen, um die komplexen Abhängigkeiten, Handlungsfolgen und Wechselbezüge ihrer Handlungsfelder abschätzen zu können. Der »Rat der Wirtschaftsweisen«, der seit vielen Jahren die gesamtwirtschaftliche Entwicklung begutachtet, besitzt mittlerweile viele Geschwister: vom »Rat von Sachverständigen für Umweltfragen« bis hin zu den diversen Meinungsforschungsinstituten, die die politischen Sensibilitäten und Akzeptanzbereitschaften der Bevölkerung ausfindig machen sollen. Politische Akteure

müssen sich eher dann rechtfertigen, wenn sie sich nicht professionell beraten lassen. In den Augen der Öffentlichkeit ist Politikberatung ein nicht mehr wegzudenkendes Muss. Anders verhält es sich bei den moralischen Implikationen politischen Handelns. Ethische Politikberatung, die diese Ansprüche und Verbindlichkeiten thematisiert, gilt manchen als innerer Widerspruch, weil sie Moral und Politik schlechthin für unverträglich halten. Hier hält sich hartnäckig das Diktum Max Webers: Fragen der Moral sind höchst subjektiv gefärbt; folglich dürfen sie das Feld des Politischen, das auf Regelungen für die Allgemeinheit zielt, keinesfalls kontaminieren. Allenfalls die Bereitschaft zur Übernahme persönlicher Verantwortung für die Folgen politischen Handelns, so Weber in seiner Abhandlung zur »Politik als Beruf«, stellt den moralischen Rahmen bereit, innerhalb dessen politische Akteure ihr Handeln legitimieren müssen. Ansonsten hat in der Politik strikte Wertfreiheit zu herrschen.

Freilich wird das Geflecht zwischen Politik und ihrer Beratung selbst zum moralischen Problem. Die parlamentarische Demokratie in Deutschland mutiert zu einer »Räte-Demokratie« der besonderen Art. Durch die Einrichtung von Räten und Beiräten etwa in Ministerien werden politische Meinungsbildungsprozesse aus den Parlamenten oder aus der Öffentlichkeit der Parteien ausgelagert. Die »Hartz-Kommission« formulierte für die Arbeitsmarktpolitik vier umfassende Gesetespakete, das der damalige Bundeskanzler einzueins umzusetzen gelobte – bevor der Bundestag als Gesetzgeber überhaupt in die parlamentarische Beratung hatte eintreten können. Die »Rürup-Kommission« dokumentierte für den Bereich der Gesundheitspolitik ähnlich prominent die Verlagerung wichtiger Meinungsbildungsprozesse auf Expertenkommissionen, Gutachter und Räte. Professionelle Politikberatung begünstigt zwar eine wohlthuende Entschleunigung politischer Entscheidungs- und Handlungsabläufe. Diese Entschleunigung ist aber nicht selten mit der Entpflichtung politischer Akteure von der Übernahme ihrer persönlichen Verantwortung teuer er-

Ethische Politikberatung, die diese Ansprüche und Verbindlichkeiten thematisiert, gilt manchen als innerer Widerspruch, weil sie Moral und Politik schlechthin für unverträglich halten.

kauft. Wer sich beraten lässt und bestimmten Anrathungen folgt, überträgt auf seine Ratgeber (Mit-)Verantwortung und Gestaltungsmacht. Im Extremfall kann dies für eine Demokratie, in der die Gestaltungsmacht politischer Akteure vom Volkssouverän nur geliehen ist, sehr gefährlich werden. Denn welche Instrumente besitzt eine Demokratie, um den machtvollen Einfluss professioneller Politikberatung zu kontrollieren?

Die Landschaft professioneller Politikberatung ist unübersichtlich. Im engeren Sinne verbindet man mit ihr die Tätigkeit wissenschaftlicher Institutionen, die ihre Expertise durch gezielte Beratung von politischen Akteuren als Entscheidungs- und Umsetzungshilfen verfügbar machen. Solche wissenschaftlichen Institutionen weisen unterschiedliche Profile auf: Sie können Einrichtungen und Institute öffentlicher Hochschulen sein, die mit ihren anwendungsbezogenen Forschungsergebnissen keine bestimmte Interessenlagen bedienen wollen. Neben den großen Wirtschaftsforschungsinstituten der Kölner oder Kieler Universität zählt auch das »Wissenschaftszentrum Berlin« (WZB) zu diesem Typ *interessenungebundener* Expertise. Wissenschaftliche Institutionen können sodann in freigemeinnütziger Trägerschaft (etwa von Stiftungen) sein und ihre Expertise ganz bewusst bestimmten Interessengruppen zur Verfügung stellen (*interessenorientierte* Expertise etwa des Freiburger Öko-Instituts). Sie können aber auch wissenschaftliche Einrichtungen sein, die unmittelbar an Parteien, Verbände oder politisch ambitionierte gesellschaftliche Institutionen gebunden sind und gezielt deren Interessen unterstützen sollen (*interessengebundene* Expertise etwa des »Instituts der deutschen Wirtschaft« [IW] oder des »Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts« [WSI] des Deutschen Gewerkschaftsbundes).

Der faktische Einfluss von Politikberatungsagenturen hängt davon ab, welche Interessen die politischen Akteure mit der Einbeziehung wissenschaftlicher Expertise verfolgen. Wollen sie wissenschaftliche Expertise lediglich zur (nachträglichen) Legitimation ihrer bereits festgelegten Politik nutzen, werden sie aus dem pluralen Angebot wissenschaftsgestützter Expertise das ihnen Genehme aussuchen. Die Einrichtung und vor allem die personelle Zusammensetzung des Nationalen Ethikrats durch den damaligen Bundeskanzler Gerhard Schröder wurde von Kritikern mit einem solchen Interesse in Verbindung gebracht. Wollen politische Akteure stattdessen wissenschaftliche Erkenntnisse schon in die Zielbestimmung politischen Handelns einfließen lassen, so werden sie – neben der interessenungebundenen Expertise – gerade die Konkurrenz interessenorientierter wie interessengebundener Expertise nutzen, um aus dem argumentativen Widerstreit konkurrierender Meinungen überzeugende Erkenntnisse für ihr politisches Handeln auszufiltern.

In letzter Zeit ist ein grundlegender Wechsel in der Entscheidungslogik politischer Akteure beobachtbar. Winand Gellner diagnostiziert für Deutschland ähnlich wie Amitai Etzioni für die

USA den Übergang von einer kalkulierbaren, (zweck-)rationalen Entscheidungsbasis zu einer normativ-affektiven, subrationalen Entscheidungslogik, in deren Folge die politischen Akteure ihre Politik »weitgehend auf der Grundlage von Affekten, Emotionen und Werturteilen auswählen und erst in zweiter Linie sich auf logisch-empirische, rationale Überlegungen stützen«. Augenfällig ist, dass politische Aktionsprogramme zunehmend mit moralisch hoch aufgeladener Emphase betitelt werden: jüngst die »Neue Gerechtigkeit durch mehr Freiheit!« Durch diesen Wechsel ist der Bedarf an normativem Orientierungswissen

im politischen Alltagsgeschäft erheblich gewachsen. Darauf haben erste Einrichtungen wissenschaftlicher Politikberatung wie das Öko-Institut oder der Berliner thinktank »berlinpolis« reagiert.

Augenfällig ist, dass politische Aktionsprogramme zunehmend mit moralisch hoch aufgeladener Emphase betitelt werden.

Neben ihrer klassisch-wissenschaftlichen Expertise steuern sie auch moralische Wertpräferenzen und normativ gehaltvolle Deutungsmuster politischer Sachverhalte zur Meinungs- und Willensbildung politischer Akteure bei. Parallel dazu entwickeln sie sich zu politischen Ideenagenturen, die aus eigenem Antrieb heraus politisch relevante Zukunftsthemen identifizieren und mit normativen Orientierungen in die Politik wie in die politisch interessierte Öffentlichkeit kommunizieren. Seit geraumer Zeit forciert beispielsweise der Gründer von »berlinpolis«, Daniel Dettling, durch profilierte Gastbeiträge in meinungsführenden Tageszeitungen wie der Süddeutschen Zeitung die Debatte um eine zukunftsgerichtete Familienpolitik, die auch ein verändertes Leitbild geschlechtergerechter wie generationengerechter Familie umfasst. Ethische Politikberatung ist notwendig. Ob man nun der Diagnose eines Wechsels in der Entscheidungslogik politischer Akteure zustimmt oder nicht, in jedem Fall ist auch eine ethische Politikberatung für politisches Handeln in einer demokratischen Gesellschaft erforderlich. Freilich setzt dies ein spezifisches Verständnis von Politik in einer Demokratie, von Ethik in der Politik sowie von professioneller Beratung voraus: Politik in einer demokratischen Gesellschaft ist erheblich mehr als ein »starkes langsames Bohren von harten Brettern mit Leidenschaft und Augenmaß« (Max Weber) und als die Kunst, Gestaltungsmacht zu erwerben und für eine zweckrationale Herrschaftstechnik einzusetzen. Demokratische Politik ist die gemeinsam zu verantwortende Gestaltung des öffentlichen Raumes zum Wohle und damit auch unter Mitwirkung möglichst aller Bürgerinnen und Bürger. Demokratieverträgliche Politik ist auf die normativ gehaltvollen Grundsätze der Verfassung, besonders auf die Staatsfundamentierungsnormen (z.B. Menschenwürdegrundsatz) und Verfassungsversprechen (z.B. Sozialstaatlichkeit) verpflichtet.

Deshalb ist sie nicht nur auf Erkenntnisse über die sachlichen Folgen ihres Handelns angewiesen, wie sie etwa in den Technikfolgenabschätzungen oder Umweltverträglichkeitsprüfungen erhoben werden. Demokratieverträgliche Politik muss auch auf Erkenntnisse zurückgreifen können, die über die moralische Legitimität politischen Handelns Aufschluss geben. Und

auch diese Erkenntnisse sind alles andere als trivial. Die Frage etwa, ob die ‚Hartz IV‘ genannten Reformen am Arbeitsmarkt gerecht sind, ob sie die solidarische Lastenverteilung fördern, ob sie die selbstständige und menschenwürdige Lebensführung der Betroffenen ermöglichen und deren politische Partizipation wie soziokulturelle Inklusion befördern, all dies ist keinesfalls intuitiv beantwortbar. Im Übrigen: Was heißt gerecht, was ist solidarische Lastenverteilung, was konstituiert eine menschenwürdige Lebensführung, usw.?

Ethik in der Politik greift solche Erkenntnisbedarfe auf.

Auch sie ist mehr als eine »moralbasierte Politik«, die sich bestimmten Normen und Werten verpflichtet weiß. *Ethik in der Politik* reflektiert jene moralischen Ansprüche und Absichten, die politische Akteure mit ihrem Handeln oder mit politischen Strukturen und Gesetzeswerken verbinden. Ethik reflektiert die moralischen Dimensionen politischen Handelns durchaus kritisch. Denn sie ermittelt im politischen Alltag eine Vielzahl an moralischen Absichtserklärungen, die sich bei näherer Betrachtung als (noch) wenig aussagekräftig erweisen. Denn worin das Neue jener Gerechtigkeit besteht, die durch ein ebenfalls noch präzisierungsbedürftiges Mehr an (welcher?) Freiheit realpolitische Gestalt annehmen soll, ist weder einer aufgeklärten Bürgerin noch einem durchschnittlich ausgestatteten Ethiker unmittelbar einsichtig. Der politische Alltag leidet gelegentlich unter einer Inflation an moralischen Beschwörungsformeln, die die Akzeptanz politischer Entscheidungen in der Bevölkerung sichern und steigern helfen sollen. Welche Politik will noch betrieben werden, die nicht nachhaltig, nicht solidarisch, nicht gerecht, nicht reformfreudig und innovativ ist? Selbstverständlich reflektiert Ethik die moralischen Dimensionen und Implikationen der Politik auch konstruktiv. Politische Akteure unterscheiden sich nicht von der Mehrheit einer aufgeklärten Bevölkerung, die sich in einer zunehmend pluralisierten Lebenswelt selbst um die für sie überzeugenden moralischen Orientierungen kümmern muss, ohne auf fraglos Geltendes zurückgreifen zu können. Insofern hat Ethik die anspruchsvolle Aufgabe, das für politisches Handeln notwendige moralische Orientierungswissen stetig aufzubereiten sowie für die politische Willensbildung und Entscheidungsfindung handhabbar zu machen. Zudem muss sie die im politischen Alltagsgeschäft oftmals nur noch verschlagworteten Grundsätze wie Gerechtigkeit, Freiheit, Solidarität, Nachhaltigkeit usw. so differenzieren, damit sie für politisches Entscheiden wieder auskunftstark werden. Die heftig geführte Debatte um die Zukunft sozialer Sicherungssysteme illustriert die gelegentlich babylonische Sprachverwirrung: Während die einen die Gerechtigkeit etwa in der Gesetzlichen Krankenversicherung am gleichen Verhältnis von Leistung und Gegenleistung festmachen, plädieren die anderen für eine gleiche Verteilung von Ansprüchen an Versicherungsleistungen gerade

unabhängig von der Fähigkeit zum Eigenbeitrag. Ethik hat hier die Aufgabe, den engen Verweisungszusammenhang zwischen Leistungsgerechtigkeit und Verteilungsgerechtigkeit einsichtig zu machen. Die unbedingt gleiche Würde jedes Menschen erfordert sowohl den angemessenen Ausgleich von Leistung und Gegenleistung als auch die gesicherte Mindestausstattung an Grundgütern, die Bedürftige überhaupt wieder leistungsfähig machen.

Ethik kann sich nicht dem Handgemenge des politischen Alltags entziehen. Ethik in der Politik muss gegen die Auffassung, moralische Motive und Grundsätze seien bloß subjektiv und damit in der Politik nur affektiv und »subrational« einzusetzen, immer wieder deren Vernünftigkeit und Wahrheitsfähigkeit zur Geltung bringen. Dies gelingt ihr freilich erst dann, wenn sie moralische Grundsätze und Optionen nicht einfach als unantastbare Säulenheilige statuiert, sondern für sie überzeugend argumentiert. Überzeugend argumentieren lässt sich für sie allerdings nur, wenn sich ethische Politikberatung auf eine unmittelbare Tuchfühlung mit den politischen Akteuren selbst einlässt; wenn sie sich im Handgemenge politischen Alltags kundig macht und auf eine bloß proklamierende Belehrung vom hohen Ross unerschütterlicher allgemeiner Prinzipien herab verzichtet. Die Zeiten sind endgültig vorbei, in denen

– um eine anschauliche Formulierung des früheren Bonner Moraltheologen Werner Schöllgen aufzugreifen – noch jene »Rationalisten« unter den christlichen Ethikern den Ton angeben konnten, »die als verhinderte Platoniker die Welt von ihrem Schreibtisch aus kommandieren möchten, ohne unter die Bananen zu geraten, also ohne sich die Hände mit empirischen Fragen schmutzig zu machen«. Die solidarische Absicherung von Krankheitsrisiken verlangt einen Kompromiss zwischen den konkurrierenden Gütern der Leistungs- und Verteilungsgerechtigkeit. Dieser auch moralisch befriedigende Kompromiss ist nur durch eine detaillierte Sachkenntnis wie durch die Bereitschaft zu kontinuierlicher Überprüfung aus der Mitte politischen Alltags möglich und nicht durch Vorfestlegungen, die manche in den metaphysischen Anfangsgründen des Menschengeschlechts ausfindig machen wollen. Das Ziel ethischer Politikberatung ist die Steigerung eigenverantwortlicher Urteils- und Entscheidungskompetenz politischer Akteure. Ethische Berater können natürlich Lösungsvorschläge für einen konkreten Sachverhalt machen. Ethische Fallstudien beispielsweise zu den gerechtigkeitsspezi-

fischen Vor- und Nachteilen der Gesundheitsprämie, des Bürgergelds oder der negativen Einkommenssteuer sind wichtige Impulse für die Entscheidungsfindung politischer Akteure. Nehmen professionelle Berater die Grundsätze ethischer Beratung aber ernst, so werden sie auf jede Form direkter Einmischung in das Entscheiden und Handeln politischer Akteure verzichten. Sie vertrauen stattdessen ganz auf deren Einsichtsfähigkeit und Gewissenhaftigkeit – selbst wenn sie damit die Erwartungshaltung mancher Ratsuchender enttäuschen müssen, die sich vom

Ethische Politikberatung muss sich im Handgemenge politischen Alltags kundig machen und auf eine bloß proklamierende Belehrung vom hohen Ross unerschütterlicher allgemeiner Prinzipien herab verzichten.

Berater am liebsten klare und unproblematisch ins Werk zu setzende Ratschläge erhoffen, um möglichst rasch ihren Handlungsdruck abbauen zu können und zum Erfolg zu kommen. Je mehr politisch-ethische Ideenagenturen durch eine dialogisch strukturierte Erörterung der jeweiligen Sachverhalte diesen Ansatz ethischer (Politik-)Beratung transparent gestalten, desto stärker können sie im Gegenüber zu politischen Akteuren ihre eigenen Positionen zur Geltung bringen, ohne in den Verdacht zu geraten, sie wollten nur plumpen Lobbyismus in eigener Sache treiben. Ethische Beratung respektiert die moralischen Überzeugungen politischer Akteure und knüpft an sie an – freilich um die vorfindlichen Überzeugungen und Einschätzungen durch neue, möglicherweise irritierende Fremdpositionen so herauszufordern, dass sie sich im Für und Wider entweder bestätigen oder aber erweitern und verändern.

Deshalb ist es sachdienlich wie demokratieförderlich, wenn auch die Kirchen offensiv das Geschäft ethischer Politikberatung betreiben. Das kann auf sehr unterschiedlichen Wegen erfolgen. In Berlin nutzt die katholische Kirche die Katholische Akademie, den Foyer-Kreis oder die Außenstelle der Deutschen Kommission *Justitia et Pax* als Plattformen politisch-ethischer Erörterungen. Als eine politische Ideenagentur im engen Sinne des Wortes versteht sich das 2005 gegründete Berliner Institut für christliche Ethik und Politik (ICEP), das als Forschungsinstitut der Katholischen Hochschule für Sozialwesen aktuelle Reformbedarfe und Reformprojekte besonders der Sozial- und Gesundheitspolitik aufgreift.

Das ICEP wird weder alles neu erfinden können noch wollen. Es will vielmehr ein Transmissionsriemen sein, der die Expertise, die an unterschiedlichen universitären wie kirchlichen Orten sozialetischer Denkarbeit bereits vorhanden ist und entwickelt wird, in den politischen Prozess der Hauptstadt hinein vermittelt. Anders als die Deutsche Bischofskonferenz oder der Deutsche Caritasverband, die durch das Katholische Büro oder eine gut ausgestattete Hauptstadtpräsentanz für das politische Alltagsgeschäft – im positiven Sinne – katholische Lobbyarbeit betreiben, kann sich das ICEP dabei auf ausgewählte Projekte konzentrieren und pointiert seine Themen und Inhalte platzieren. Es liegt im originären Interesse einer demokratischen Gesellschaft, dass eine möglichst große Bandbreite politischer wie

weltanschaulicher Grundüberzeugungen in den politischen Diskurs der Öffentlichkeit eingespeist und für die Willensbildung und Entscheidungsfindung ihrer politischen Akteure fruchtbar gemacht wird. Die Kirchen ihrerseits besitzen aufgrund ihres Weltauftrages ein unmittelbares Interesse daran, auch über wissenschaftsgestützte Politikberatung die Grundoptionen der christlichen Traditionen in die Sphäre politischen Handelns einfließen lassen zu können. Gerade die skizzierte Art und Weise politisch-ethischer Beratung unterstreicht eindrücklich, dass es

Das ICEP will ein Transmissionsriemen sein, der die Expertise, die an unterschiedlichen universitären wie kirchlichen Orten sozialetischer Denkarbeit bereits vorhanden ist und entwickelt wird, in den politischen Prozess der Hauptstadt hinein vermittelt.

ihnen nicht um autoritär-dirigistische Steuerung gesellschaftlicher Prozesse, sondern um parteilich-diskursive Einflussnahme auf die Orientierungsprozesse politischer Akteure geht. Die Parteilichkeit diskursiver Einflussnahme mag befremdlich klingen. Aber

der Verzicht auf autoritär-dirigistische Einlassungen bedeutet keinen Verzicht auf klare Standpunkte. Wissenschaftliche Redlichkeit und denkerisch verantwortete Theologie und Ethik prüfen zwar alles, behalten und bewahren aber das als gut und richtig Erkante und bringen es in den öffentlichen Debatten zur Geltung. Zwar gibt es im eigentlichen Sinne des Wortes keine christliche Politik, wohl aber eine christlich verantwortete Politik.

Ebenso wenig dürfte es moralische Orientierungspunkte für politisches Handeln geben, die sich exklusiv dem christlichen Offenbarungsglauben verdanken. Gleichwohl gibt es moralische Orientierungspunkte und Überzeugungen, die sich für eine christlich verantwortete Politik als unverzichtbar erweisen. So haben die beiden christlichen Kirchen Deutschlands in ihrem gemeinsamen Wort zur wirtschaftlichen und sozialen Lage von 1997 als Maßstab für alles politische Handeln folgende Einsicht in Erinnerung gerufen: »In der vorrangigen Option für die Armen als Leitmotiv gesellschaftlichen Handelns konkretisiert sich die Einheit von Gottes- und Nächstenliebe. In der Perspektive einer christlichen Ethik muss darum alles Handeln und Entscheiden in Gesellschaft, Politik und Wirtschaft an der Frage gemessen werden, inwiefern es die Armen betrifft, ihnen nützt und sie zu eigenverantwortlichem Handeln befähigt« (Nr. 44).

Erstveröffentlichung in: Herder Korrespondenz, 60. Jg., Nr. 2, S. 79–83.



Ethikberatung – Jenseits von Lobbying und Partikularinteressen

Dr. h.c. Wolfgang Thierse, Mitglied im Bundesvorstand der SPD und Vorsitzender der Grundwertekommission der SPD, vertritt als Vizepräsident des Deutschen Bundestags eben diesen in der Öffentlichkeit. Mit ihm hat Axel Bohmeyer im Juni 2007 ein Interview über das Thema ethische Politikberatung geführt.

ICEP: Herr Thierse, ist es aus Ihrer Perspektive überhaupt notwendig, dass es neben den politikberatenden Agenturen, Thinktanks und Kommissionen eine dezidiert ethische Politikberatung gibt, die Abgeordnete und politische Akteure unterstützt, Informationen aufbereitet und Ideen für zentrale Politikfelder gewinnt?

Thierse: Nicht alle politischen Themen sind gleichermaßen ethisch relevant; oftmals geht es nur um sachlich-pragmatische Entscheidungen. Aber es gibt auch eine ganze Reihe von politischen Fragestellungen, die von grundsätzlicher Art sind. Hier werden das Selbstverständnis des menschlichen Lebens und der soziale Zusammenhalt der Gesellschaft berührt. Bei solchen Fragen geht es um die normativen Grundlagen des Politischen. In diesen grundsätzlichen Fragen haben sehr viele Abgeordnete – man kann nie für alle sprechen – ein Bedürfnis nach Unterstützung ihrer eigenen Reflexion. Deshalb lesen viele Abgeordnete ethische Stellungnahmen bzw. holen den Rat von Ethikern ein. Auch im Gespräch zwischen den Abge-

ordneten spielen solche Fragen eine Rolle. Wir diskutieren nicht nur über dieses oder jenes gesetzestechnische Detail, oder diese oder jene mehr oder minder pragmatische Alternative, sondern reden über unsere eigenen moralischen Grundüberzeugungen und Motive für die politischen Entscheidungen. Es gibt somit eine ganze Reihe von Themen, bei denen Abgeordnete nicht nur für ethische Beratung empfänglich sind, sondern vielmehr ein Bedürfnis danach haben. Für ethische Reflexion des eigenen Handelns und der eigenen Entscheidung muss es Zeiten, Orte und externe Unterstützung geben.

ICEP: Es ist möglich, zwischen einer interessenungebundenen, einer interessenengebundenen und einer interessen geleiteten Politikberatung zu unterscheiden. Haben Sie nicht die Befürchtung, dass ethische Politikberatung keinen Reflexionsprozess initiiert, sondern interessen geleitet ist – und somit selbst ein moralisches Problem darstellt?

Thierse: Als Politiker ist man stets umringt von Lobbyisten. Damit meine ich

nicht nur offen auftretende Interessenvertreter, sondern auch solche, die eher indirekt Einfluss nehmen. Deshalb habe ich als Abgeordneter des Deutschen Bundestags eine natürliche Skepsis entwickelt. Ein Sensorium, die hinter vergleichsweise neutralen Stellungnahmen lauern Interessen zu vermuten und auch zu entdecken. Grundsätzlich stellen Interessen aber kein moralisches Problem dar – auch nicht, dass diese mitunter offensiv vertreten werden. Die demokratische Gesellschaft ist sogar auf die Artikulation dieser unterschiedlichen Interessen und auf den Meinungsstreit angewiesen. Problematisch ist die Interessenvertretung nur dann, wenn sie versteckt stattfindet, wenn Transparenz vermieden wird. Wenn jemand sogar absichtsvoll vortäuscht, neutral und ungebunden zu sein, aber de facto doch bestimmte Interessen vertritt. Für die ethische Politikberatung im engeren Sinne ist es deshalb besonders wichtig, dass sie sich nie dem Verdacht aussetzt, Partialinteressen zu vertreten. Das wäre ihr Ende, dann wäre sie für immer um ihr Renommee gebracht. In der Art ihrer Stellungnahme müssen die

Ethikerinnen und Ethiker ausweisen, dass sie unabhängig sind. Ich will das an einem Beispiel erläutern: Bei der Entscheidung über die Frage, welche Art von Stammzellenforschung wir zulassen sollen, war es für mich sehr wichtig, externe Stellungnahmen zu lesen. Welche Erwartungen und Hoffnungen auf wissenschaftlichen Fortschritt sind überhaupt vernünftigerweise begründet? Wo gibt es Zweifel? Wofür können die Ergebnisse der Stammzellenforschung möglicherweise Verwendung finden? Kein Abgeordneter kann alle Untiefen der wissenschaftlichen Debatte verfolgen und bewerten. Die Stellungnahme des Nationalen Ethikrats hat die Fülle der Informationen für einen wissenschaftlichen Laien auf ein fassbares Maß verdichtet. Dabei wurde nicht einfach Partei ergriffen, sondern das Für und Wider unterschiedlicher Positionen dargestellt. Daneben habe ich auch die entsprechenden Stellungnahmen und Positionspapiere der Enquete-Kommission des Deutschen Bundestags gelesen. Es lagen mir in dieser Frage also verschiedene Stellungnahmen vor. So konnte ich mir selbst ein Urteil bilden, welche wissenschaftlichen und auch philosophisch-ethischen Argumente mich überzeugen und für welche Position ich dann im Abstimmungsprozess eintrete. Eine sichtbare Fairness und Unparteilichkeit in der Argumentation und Positionsbeschreibung ist ein Ausweis dafür, dass die ethische Stellungnahme nicht interessengeleitet und einseitig ist. Außerdem darf ein ethischer Ratschlag den Abgeordneten nie die eigene Entscheidung abnehmen wollen; er kann nur eine Hilfestellung bei der Entscheidungsfindung sein.

ICEP: In der Tat kann der moralische Selbstvertretungsanspruch des Abgeordneten bzw. prinzipiell des Subjekts nie delegiert werden. Ethische Beratung kann diese Aufgabe aus ihrem eigenen Selbstverständnis heraus gar nicht übernehmen. Es geht darum, einen Reflexionsprozess anzustoßen. Aber wünschen sich politische Akteure und auch Bürgerinnen und Bürger nicht

oftmals eine moralische Eindeutigkeit? In diesem Sinne sind dann Ethikerinnen und Ethiker gefragt, die ein moralisches Urteil fällen, sagen, was richtig und was falsch ist – die sich also nicht als Berater, sondern als Entscheider verstehen.

Thierse: Ethiker und Ethikerinnen müssen ihre persönliche Position nicht verstecken. Sie dürfen durchaus erkennen lassen, welcher Meinung sie sind. Wie ich mich selbst nicht als ein Neutrum verstehe, so darf ich das auch nicht von anderen Personen verlangen. Ich verlange jedoch, dass Berater ihre Position argumentativ darlegen und gute Gründe nennen. Sie müssen das Pro und Contra einer Position verdeutlichen und sichtbar machen, dass unterschiedliche Positionen mit jeweils guten Argumenten vertreten werden können. Nur so gewinne ich den Eindruck, dass ich nicht gezwungen werden soll, mich einer Position anzuschließen, mich ihr zu beugen. Nachvollziehbare Argumente zu liefern, das ist das entscheidende Kriterium einer ethischen Beratung. Eine ethische Stellungnahme bzw. eine

ökonomischen Effekt, was entspricht den ökonomischen Interessen dieses Landes oder der Unternehmen? Ein ethischer Diskurs ist zu dieser betriebswirtschaftlichen Logik gegenläufig. Und ich wünsche mir Institutionen, die der immer brutaler werdenden Dominanz des Ökonomischen widersprechen und ihr widerstehen, die nach Argumenten und Gründen für Entscheidungslösungen suchen, welche nicht ausschließlich auf ökonomischer bzw. betriebswirtschaftlicher Logik aufbauen.

ICEP: Ein Politikbetrieb, der sich nicht ausschließlich der Zweckrationalität verschreibt, sondern eine mit guten Gründen argumentierende ethische Politikberatung zu Wort kommen lässt, müsste dann aber auch eine Entschleunigung der Abläufe zulassen.

Thierse: In der Politik läuft es natürlich auf Entscheidungen hinaus, Politikerinnen und Politiker können nicht ausschließlich philosophisch reflektieren. Aber eine Entschleunigung ist dennoch sinnvoll, wenn man Argumente hören



ethische Beratung unterscheidet sich von anderen Ratschlägen. Der ethische Diskurs ist eben nicht der Diskurs der Zweckrationalität, des pragmatisch Besseren – und vor allem ist der ethische Diskurs nicht mit der dominierenden und nahezu totalitären betriebswirtschaftlichen Logik gleichzusetzen. Die betriebswirtschaftliche Logik fragt: Was ist das Billigste, was bringt den größten

und prüfen und nicht zum bloßen Vollzugsorgan werden will. Ich kann es auch polemisch formulieren: Ich halte es für notwendig, ein Gegengewicht gegen die Omnipräsenz der Unternehmensberatungen namens McKinsey oder Roland Berger zu schaffen. Wir erleben doch, dass betriebswirtschaftliche Gutachter und Unternehmensberater weit in die Politik hinein ein entscheidendes Wort

haben. So haben diese auch immer stärkeren Einfluss auf die Gesetzesarbeit nehmen können. Große Unternehmen bedienen sich der Berater, damit sie durch diese vermittelt ihren Einfluss auf die Politik und auf die Gesetzesentscheidung vergrößern können. Zu dieser Form der Beratung wünsche ich mir Gegengewichte, jedenfalls bei Themen, die eine moralische Qualität haben. Das ist genau das Feld ethischer Politikberatung, die eben etwas anders ist als betriebswirtschaftliche Politikberatung.

ICEP: Es stellt sich also die Frage nach den legitimen Staatsaufgaben?

Thierse: Ja, aber es geht dabei nicht nur um den Staat, das wäre eine Verkürzung. Politik ist nicht automatisch identisch mit staatlichem Handeln – schließlich gibt es auch die zivilgesellschaftlichen Netzwerke. Aber natürlich muss man auch über den Staat reden, weil dieser der wichtigste Akteur des Politischen ist. Dabei geht es um folgende grundsätzlichen Fragen: Was alles darf in welchem Umfang zur Ware werden? Was alles darf dem Markt überlassen und was darf dem Markt nicht vollends oder überhaupt nicht überlassen werden? Dürfen Bildung, Gesundheit, Kultur, innere und äußere Sicherheit zur Ware werden, über deren Erwerb dann der individuelle Geldbeutel und die soziale Herkunft entscheiden? In welchem Ausmaß muss die Politik dafür sorgen, dass die Menschen öffentlichen Zugang zu Grundgütern haben? Wir erleben eine scheinbar unaufhaltsame Tendenz, die den Primat des Marktes postuliert und ihm so viel wie möglich überlassen will. Es gilt zu begründen, warum das möglicherweise eine falsche Position ist. Denn wenn diese Position richtig wäre, dann bräuchten wir keinerlei Wirtschafts- und Sozialethik mehr – es sei denn, man reduzierte Ethik auf individuelle Tugenden und barmherziges Verhalten: Die Wunden, die der Markt anrichtet, würden dann mit Pflästerchen beklebt, damit es nicht ganz so schmerzt.

ICEP: Herr Thierse, wie würden Sie den ethischen Kern der christlichen Botschaft charakterisieren?

Thierse: Christen sind nicht nur aufgefordert, individuelle Barmherzigkeit walten zu lassen. Es gibt eben auch das, was man behelfsmäßig mit struktureller Barmherzigkeit bezeichnen kann. Christen müssen meines Erachtens auch für die Umsetzung dieser strukturellen Barmherzigkeit eintreten. Damit ist eine Solidarität gemeint, wie sie der Sozialstaat mit seinen Institutionen darstellt. Wer meint, dass das Christliche im Bereich des gemeinschaftlichen Handelns nichts zu suchen hat, reduziert das Christentum auf eine privatisierte Religion. Christen müssen sich also auch in der Debatte über die Zukunft des Sozialstaats einbringen. Der Sozialstaat lebt unter anderem auch davon, dass es bei der Mehrheit der Bürger ein Bewusstsein für seine Notwendigkeit gibt. Sie zahlen Steuern und Abgaben in dem Bewusstsein, dass sie einmal auf ihn angewiesen sein könnten. Sie zahlen nicht in dem Bewusstsein, dass sie genau so viel wieder zurückbekommen werden, wie sie eingezahlt haben. Aber sollten sie ihn benötigen, dann werden sie auch Leistungen erhalten. Sie gewähren also durch schmerzliche finanzielle Leistungen einen Überschuss an Solidarität. Das private Versicherungsprinzip steht einem solchen solidarischen System entgegen: Hier zahle ich eine Summe ein, die ich am Ende auch herausbekommen will. Dieses Denken setzt sich derzeit durch, wird immer mehrheitsfähiger. Die Privatisierung der sozialen Vorsorge ist de facto eine Entsolidarisierung. Nach dem – wieder polemisch formuliert – Motto: Wenn in einer Gesellschaft jeder an sich selbst denkt, dann ist an alle gedacht.

ICEP: Gibt es für Sie gesellschaftlich bedeutsame Potenziale des Christentums?

Thierse: Dazu gehört zum Beispiel der Sonntag, der eben nicht auf ein christliches Sondergut reduziert werden kann. Diese kulturelle Praxis hält die Frage wach, ob der Mensch wirklich vollends aufgeht in den beiden Rollen, die ihm

der Markt zuerkennt: Als Arbeitskraft und Konsument. Der Markt kennt den Menschen nur in diesen beiden Rollen und will sonst nichts von ihm wissen. Müssen und sollen wir nun endlich auch am Sonntag alle arbeiten und einkaufen können? Oder sollte es nicht eine Zeit geben, die für unsere anderen Dimensionen reserviert ist. Diese konkrete und zugleich grundsätzliche Frage gilt es zu thematisieren und ein Bewusstsein dafür wach zu halten. Den Politikern, Ökonomen und Managern muss verdeutlicht werden, dass es nicht nur um eine individuelle Sonntagsfreiheit geht, sondern dass der Sonntag eine gesellschaftliche Dimension hat.

ICEP: Kann eine christlich verortete Politikberatung auch in einem sozialdemokratischen Raum Gehör finden? Welche historischen Wurzeln der Sozialdemokratie könnte man für eine christliche Grundlegung angeben?

Thierse: Die Sozialdemokratie hat ihre Identität nicht nur in der Ableitung aus Aufklärung, säkularem Humanismus und Arbeiterbewegung gefunden, sondern auch christliche Ethik, christliche Gedanken und Ideen haben erheblichen Einfluss auf die Sozialdemokratie genommen. Dazu bekennt sich die SPD in ihrem Grundsatzprogramm ausdrücklich. Sie hat zum Beispiel auch auf das gemeinsame Wort der beiden Kirchen vor zehn Jahren ausgesprochen positiv reagiert. Daran zeigt sich die positive Grundeinstellung gegenüber den Kirchen, gerade in sozialen und sozial-ethischen Fragen. Selbst diejenigen in der SPD, die sich nicht als Christen verstehen, haben einen hohen Respekt genau vor dem Profil und vor der Leistung der Kirchen in sozialen und ethischen Fragen. Hier gibt es eine positive Voreingenommenheit, die natürlich immer wieder bestätigt werden muss. Das kann dann gelingen, wenn die ethischen Beratungen aus diesem Teil des weltanschaulichen Spektrums argumentativ stark sind und für die Entscheidung des einzelnen Abgeordneten oder einer ganzen Partei hilfreich sind.

Themen und Projekte

In den letzten zwei Jahren konnte das ICEP in verschiedenen Themenbereichen und Projekten tätig werden. Auf den nächsten Seiten wurden die Themenschwerpunkte zusammengefasst und eine Auswahl von Dokumentationen und Publikationen wurde zusammengestellt.

Ethik des Sozialstaats

Der Sozialstaat befindet sich in einem Wandlungsprozess. Die Debatte um die künftige Gestaltung der sozialen Sicherungssysteme berührt nicht nur die Ziele des Sozialstaats, sondern auch dessen normativen Grundlagen wie Gerechtigkeit, Solidarität und Freiheit.

Die Ursachen des Reformdrucks liegen einerseits in den immer engeren Grenzen, die globalisierte Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen den nationalstaatlichen Regelungs- und Steuerungsmöglichkeiten für Sozial- und Wohlfahrtspolitik setzen. Die Krise des Sozialstaats hat aber auch und vor allem strukturelle Gründe, denn der dramatische demografische Wandel, die hohe Quote der Erwerbsarbeitslosigkeit und die veränderten Arbeits- und Familienbiografien lassen dessen finanzielle Grundlage erodieren. Die christliche Sozialethik bringt sich dabei in die Debatte einer am Prinzip der Gerechtigkeit orientierten Neugestaltung der sozialen Sicherungssysteme ein. Wie sind die Fundamente der Katholischen Soziallehre – Solidarität, Subsidiarität und Personalität – unter den Bedingungen einer sich verändernden Arbeitswelt und hinsichtlich der herausfordernden Entwicklung im Verhältnisse der Generationen zu einander, zu verstehen? Aus sozialetischer Perspektive geht es dabei auch um die Frage, wie und mit welcher Begründung

künftig die Aufgaben des Staats von denen der Zivilgesellschaft und der in ihr handelnden Individuen getrennt werden sollen. Das ICEP hat sich diesen Fragen in mehreren Veranstaltungen und Publikationen gestellt. Den Auftakt bildete das Streitgespräch »Sozialpolitik kontrovers« am 13. Mai 2005 in der



Katholischen Akademie Berlin. Im Rahmen der Gründungsveranstaltung des ICEP diskutierten Franz Thönnies, Parlamentarischer Staatssekretär im damaligen Bundesministerium für Gesundheit und soziale Sicherung, der Chefvolkswirt der Deutschen Bank, Professor Norbert Walter, sowie Professor Gerhard Kruij, Leiter des Forschungsinstituts für Philosophie Hannover und Beiratsmitglied des ICEP, über die Frage, ob Solidarität in erster Linie über Steuern oder auch innerhalb der Sozialversicherungssysteme organisiert werden sollte. Am 06. Juni 2005 veranstaltete das ICEP in Kooperation mit der Katholischen Akademie Berlin die Fachtagung »Bismarck oder Beveridge?

Grundlagen und Prinzipien sozialer Sicherung«. Dabei standen die Auseinandersetzungen über Grundlagen und Prinzipien der sozialen Sicherung im Mittelpunkt einer Diskussion zwischen Wissenschaft, Politik und Ethik. Die Teilnehmer tauschten sich intensiv über die normativen Grundlagen des Sozialstaats und ihre Gewichtungen und Umsetzungsmöglichkeiten in den einzelnen Sozialversicherungszweigen aus. Das ICEP konnte mit dieser Veranstaltung seinem Ziel gerecht werden, die Erfahrungen von politischen Akteuren und die christlichen Überzeugungen von sozialer Gerechtigkeit miteinander ins Gespräch zu bringen. Durch die Diskussion normativer Grundorientierungen konnten Anregungen für die anstehenden politischen und gesellschaftlichen Diskussionen über die unterschiedlichen »Großmodelle« der sozialen Sicherung und ihre moralischen Dimensionen gewonnen werden.

Außerdem war das ICEP durch Christof Mandry und Stefan Kurzke-Maasmeier an der Vorbereitung und Durchführung des 15. Forums Sozialethik unter dem Titel »Baustelle Sozialstaat – Sozialethische Sondierungen in unübersichtlichem Gelände« beteiligt. Mit dieser Veranstaltung, deren Ergebnisse mittlerweile als Buch vorliegen, konnten normative Kriterien wie Gerechtigkeit und Solidarität in den gesellschaftlichen Diskurs über die Zukunft der sozialen Sicherung eingebracht werden. Im Mittelpunkt standen dabei die normativen Grundlagen des Sozialstaats und sozialethische Fragestellungen zu ausgesuchten gesellschaftlichen Kontexten und politischen Handlungsfeldern.

Dokumentationen und ausgewählte Publikationen

Dokumentation des ICEP 1/2005: »Solidarität – über Steuern oder innerhalb der sozialen Sicherungssysteme?«, Berlin 2005.

Dokumentation des ICEP 2/2005: »Bismarck oder Beveridge? – Grundlagen und Prinzipien sozialer Sicherung«, Berlin 2005.

Axel Bohmeyer: Wer nicht arbeiten will, soll auch kein Grundeinkommen erhalten?, in: Netzwerk Grundeinkommen und sozialer Zusammenhalt – Österreich/Netzwerk Grundeinkommen – Deutschland (Hrsg.): Grundeinkommen – in Freiheit tätig sein. Beiträge des ersten deutschsprachigen Grundeinkommenskongresses, Berlin 2006, S. 159–168.

Axel Bohmeyer: Die sozialkatholischen Grundlagen des Sozialstaats in der Berliner Republik, in: Stefan Kurzke-Maasmeier/Christof Mandry/Christine Oberer (Hrsg.): Baustelle Sozialstaat! Ethische Sondierungen in unübersichtlichem Gelände, Münster 2006, S. 71–87.

Marianne Heimbach-Steins/Andreas Lienkamp: Für eine Zukunft in Solidarität und Gerechtigkeit, in: ICEP argumente, 3. Jg., Nr. 1/2007, S. 1–2.

Marianne Heimbach-Steins/Andreas Lienkamp: Für eine Zukunft in Solidarität und Gerechtigkeit. Eine Relecture des Wirtschafts- und Sozialwortes der Kirchen nach zehn Jahren, in: Stimmen der Zeit, 132 Jg., Nr. 7, S. 457–470.

Stefan Kurzke-Maasmeier/Christof Mandry/Christine Oberer (Hrsg.): Baustelle Sozialstaat! Sozialethische Sondierungen in unübersichtlichem Gelände, Münster 2006.

Stefan Kurzke-Maasmeier/Christof Mandry/Christine Oberer: Normative Sozialstaatsbegründungen, in: Dies (Hrsg.): Baustelle Sozialstaat! Sozialethische Sondierungen in unübersichtlichem Gelände, Münster 2006, S. 17–36.

Andreas Lob-Hüdepohl: Soziale Sicherheit – ein vergessenes Menschenrecht, in: ICEP argumente, 1. Jg., Nr. 1/2005, S. 1–2.

Andreas Lob-Hüdepohl: Ethische Grundsätze sozialer Sicherung, in: ICEP arbeitspapiere, 2/2005, S. 1–17.



Umweltethik

Nachhaltige Entwicklung ist spätestens seit dem »Erd-Gipfel« von Rio de Janeiro im Jahr 1992 zu einem eminent wichtigen politischen Handlungsfeld und zu einem verstärkt bearbeiteten Thema der Ethik geworden. Nachhaltig ist gemäß der in Rio verabschiedeten Agenda 21 eine Entwicklung nur dann, wenn sie sowohl wirtschaftlich effizient, sozial ausgewogen und verantwortungsbewusst als auch umweltverträglich ist. Um dieses Zieldreieck zu erreichen, muss »die schrittweise Integration wirtschafts-, gesellschafts- und umweltpolitischer Fragestellungen« angestrebt werden. Denn »die Menschheit steht an einem entscheidenden Punkt ihrer Geschichte. Wir erleben eine zunehmende Ungleichheit zwischen Völkern und innerhalb von Völkern, eine immer größere Armut, immer mehr Hunger, Krankheit und Analphabetentum sowie eine fortschreitende Schädigung der Ökosysteme, von denen unser Wohlergehen abhängt.«

Aus christlich-ethischer Sicht gilt es deshalb einerseits, die gleiche Würde und die universalen Rechte des Menschen, auch die künftigen, anzuerkennen und zu schützen. Andererseits ist der (abgestufte) Eigenwert der außerhumanen Natur im Sinne einer »starken Nachhaltigkeit« zu achten, womit zugleich jene anthropozentrische Engführung vermieden wird, die auch im internationalen Nachhaltigkeitsdiskurs keineswegs schon überwunden ist. Im Fokus einer solchen Ethik stehen dann etwa die auf der Ebene des europäischen Menschenrechtsgerichtshofs bereits praktizierte Idee ökologischer Bürgerrechte, die gemäß dem Verursacherprinzip geforderte Internalisierung negativer externer Effekte in die Kostenrechnungen von Unternehmen, oder die Fragen eines angemessenen Schutzes der gefährdeten Biodiversität und Ökosysteme.

Das ICEP hat in den vergangenen zwei Jahren insbesondere durch die Arbeiten von Andreas Lienkamp an der Ausbuchstabilisierung einer ökologischen Ethik mitgewirkt. Schwerpunkt der Forschungstätigkeit war dabei die Frage nach der ethischen Beurteilung des Klimawandels. Denn dieser stellt die wohl umfassendste Bedrohung menschenwürdiger Existenz und der außerhumanen Mitwelt dar. Damit ist er eine zentrale Frage der Gerechtigkeit und eine ernste Herausforderung für Gesellschaft, Politik, Wirtschaft und Ethik.

Dokumentationen und Publikationen

Andreas Lienkamp (Mitarb.): Der Klimawandel: Brennpunkt globaler, intergenerationeller und ökologischer Gerechtigkeit. Ein Expertentext zur Herausforderung des globalen Klimawandels. Mit einem Geleitwort des Vorsitzenden der Deutschen Bischofskonferenz, Sekretariat der Deutschen Bischofskonferenz (Hrsg.) (= Die deutschen Bischöfe – Kommission für gesellschaftliche und soziale Fragen/Kommission Weltkirche 29), 2. aktualisierte Aufl., Bonn 2007.

Andreas Lienkamp (Mitarb.) Climate Change: A Focal Point of Global, Intergenerational and Ecological Justice. An Expert Report on the Challenge of Global Climate Change. With a Foreword by the President of the German Bishops' Conference (The German Bishops – Commission for Society and Social Affairs/Commission for International Church Affairs 29, published by the Secretariat of the German Bishops' Conference), 2nd, updated edition, Bonn 2007 (im Erscheinen).

Andreas Lienkamp: Über Kyoto hinaus – der Klimawandel als Gerechtigkeitsfrage, in: ICEP argumente, 2. Jg., Nr. 3/2006, S. 1–2.

Ethik

Sozialer Arbeit

Soziale Arbeit bedarf der ethischen Reflexion, weil der Alltag von Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeitern häufig moralisch herausfordernde Situationen bereit hält. Zugleich baut Soziale Arbeit auf normativen Grundsätzen auf, die ihrerseits einer ethischen Betrachtung und Kritik bedürfen. Die strukturellen Rahmenbedingungen sind genauso im Fokus der Ethik wie die institutionellen Vermittlungsformen Sozialer Arbeit. Die Fachdisziplin Ethik will der Sozialen Arbeit aber keinen verbindlichen, unmittelbaren moralischen Leitfaden anbieten, sondern stellt als reflektierende Disziplin ein spezifisches Wissen über ethische Verfahren und Argumentationen zur Verfügung.

Die Mitarbeiter des ICEP, die aktiv in die Lehre in den Studiengängen Soziale Arbeit und Heilpädagogik eingebunden sind, arbeiten daran, ethisches Reflexionswissen als ein wesentliches Qualifikations- und Kompetenzziel beruflicher Sozialer Arbeit zu etablieren. Das ICEP ist Teil der praxisgenerierten und anwendungsbezogenen Forschung an der KHSB und erarbeitet Grundlagen und Perspektiven einer (berufs-)ethischen Qualifikation, die für die Ausübung sozialprofessioneller Tätigkeiten unabdingbar sind.

Zu diesem Zweck baut das ICEP kontinuierlich eine Online-Bibliografie aus, die den Zugang zu Forschungsliteratur insbesondere in den Bereichen Ethik Sozialer Arbeit und Ethik der Heilpädagogik erleichtert. Die Online-Datenbank ist verbunden mit dem gemeinsamen Bibliotheksverbund (GBV) von sieben Bundesländern und der Stiftung Preußischer Kulturbesitz. In der Literaturdatenbank befinden sich v. a. Artikel und andere unselbstständige Werke zu ethischen Fragen der Sozialen Arbeit und der Heilpädagogik sowie Richtlinien, Stellungnahmen oder Positionspapiere zu einschlägigen Themengebieten. Seit Dezember 2006 ist die Bibliografie online.



Dokumentationen und Publikationen

- Andreas Lob-Hüdepohl/Walter Lesch (Hrsg.): Ethik Sozialer Arbeit. Ein Handbuch, Paderborn 2007.
- Stefan Kurzke-Maasmeier: Aktivierende Soziale Arbeit im reformierten Sozialstaat. Professionelle Herausforderungen und sozialetische Kritik, in: Stefan Kurzke-Maasmeier/Christof Mandry/Christine Oberer (Hrsg.): Baustelle Sozialstaat! Sozialetische Sondierungen in unübersichtlichem Gelände, Münster 2006, S. 111–128.
- Stefan Kurzke-Maasmeier/Christof Mandry: Anthropologie und Ethik Sozialer Arbeit angesichts einer »Ökonomisierung des Sozialen« – die Perspektive der Ausbildung, in: Sozialpsychiatrische Informationen 35. Jg. (2005), Heft 4, S. 32–36.
- Andreas Lob-Hüdepohl: Soziale Arbeit aus christlicher Hand – ein Problemaufriss, in: ICEP arbeitspapiere, 4/2005, S. 1–11.
- Andreas Lienkamp: Parteinahme für eine Solidarität mit den Armen: Impulse einer Theologie Sozialer Arbeit für die Gesellschaft, in: Rainer Krockauer/Stephanie Bohlen/Markus Lehner (Hrsg.): Theologie und Soziale Arbeit. Handbuch für Studium, Weiterbildung und Beruf, München 2006, S. 263–274.
- Bibliografie Ethik und Soziale Arbeit des Berliner Instituts für christliche Ethik und Politik (ICEP) – online abrufbar unter: www.icep-berlin.de – Rubrik Service/Literaturrecherche.

Community Organizing

Mit dem Programm des aktivierenden Sozialstaats und der damit verbundenen Forderung einer aktiven Bürgergesellschaft wurde die Frage nach Beteiligung und Eigenverantwortung von Bürgern in unserer Gesellschaft neu gestellt. Im Hinblick auf aktuelle soziale Phänomene wie Migration, Arbeitslosigkeit und Armut und damit einhergehenden Exklusionsprozessen, ist die gerechte Beteiligung von Menschen an politischen Entscheidungen eine wichtige Aufgabe. Aber angesichts der knapper werdenden öffentlichen Kassen wird Partizipation auch in das Licht einer neuen Verantwortungsteilung zwischen Staat und Individuum gestellt, die auf die Aktivierung des subsidiären Potenzials der Zivilgesellschaft zielt.

Vor dem Hintergrund dieses gesellschaftlichen Diskurses ist die Umsetzung des »Community Organizing« als Befähigungsansatz zur Partizipation in Deutschland zu sehen. Die Tradition des Community Organizing entwickelte sich in den USA und umfasst heute eine große Anzahl von Sozialraumstrategien, welche auf die Organisation von Menschen zur Beteiligung an gesellschaftlichen und politischen Aushandlungsprozessen setzen. Im Mittelpunkt steht dabei die Befähigung von Menschen zu einer selbstbestimmten Partizipation in ihrer Lebenswelt, durch die sie sich gemeinsam für die Verbesserung der Lebenslagen im Stadtteil einsetzen. Hierbei stellt das Broad-based Community Organizing ein Modell dar, das sich vor allem durch einen langfristigen, breit gefächerten, grenzüberschreitenden Beziehungsbildungsprozess im Stadtteil auszeichnet. Dabei sollen die verschiedenen Institutionen und Einrichtungen und deren Menschen in einen Begegnungsprozess geführt werden, bei dem sie ihre gemeinsamen Interessen und Anliegen herausfinden können, um dann dafür einzutreten.

In Deutschland erfolgt, nach einer anfänglich rein literarischen Rezeption, seit Mitte der 1990er-Jahre auch die praktische Umsetzung des Handlungsansatzes »Broad-based Community Organizing«. In Kooperation mit dem Deutschen Caritasverband e. V. führt die Katholische Hochschule für Sozialwesen Berlin das Projekt »Den Sozialraum mittels Bürgerplattformen von unten organisieren – Broad-based Community Organizing (CO-Projekte) in ökumenischer Verantwortung« durch (Laufzeit: 2005–2008). Es geht dabei um die Erprobung und wissenschaftliche Reflexion konkreter Modelle des Community Organizing in sozial problematischen Stadtgebieten in Berlin, Hamburg und dem Raum Stuttgart. Der Ansatz des Community Organizing soll in diesen Gebieten mit der Begleitung und Expertise von Leo Joseph Penta, Professor für gemeinwesenorientierte Soziale Arbeit an der KHSB und Leiter des Deutschen Instituts für Community Organizing (DICO), eingeführt werden.



Die wissenschaftliche Begleitforschung für das Projekt wird durch das ICEP ausgeführt und findet flankierend zur praktischen Projektarbeit und in Kooperation mit dem DICO statt.

Der Schwerpunkt der wissenschaftlichen Begleitung liegt auf der Reflexion der sozialetischen Fragestellungen, die sich aus der Umsetzung im deutschen gesellschaftlichen und kirchlichen Kontext ergeben. Damit verbundene ethische Konzepte wie Autonomie, Partizipation, Solidarität und Gemeinwohl werden vor dem Hintergrund der Projekterfahrungen kritisch reflektiert.

Des Weiteren widmet sich die Forschung ekklesiologischen, pastoraltheologischen Fragestellungen, die sich auf das zivilgesellschaftliche Selbstverständnis von Kirchen und Kirchengemeinden bzw. Caritas beziehen. Die Leitung der wissenschaftlichen Begleitung und insbesondere die Umsetzung der pastoraltheologischen Forschung erfolgt am ICEP durch Prof. Dr. Andreas Lob-Hüdepohl. Für die Durchführung der sozialetischen Begleitforschung ist seit Oktober 2005 Frau Christiane Schraml als Wissenschaftliche Mitarbeiterin zuständig. Die Begleitforschung bilanziert jährlich in einem internen Forschungsbericht den Verlauf der Arbeit und wird ihren Abschluss in einer Publikation finden. Zudem soll die Frage nach dem Verhältnis von Kirche und Zivilgesellschaft vor dem Hintergrund der Erfahrungen mit dem Beteiligungsansatz Community Organizing in einer Tagungsveranstaltung beleuchtet werden.

Auf der Basis der Forschungsarbeiten für die sozialetische Reflexion des Community Organizing-Ansatzes erarbeitet Frau Schraml außerdem ein Promotionsvorhaben. Im Zentrum steht die Darstellung des normativen Gerüsts des Community Organizing durch eine sozialarbeitswissenschaftliche und ethische Reflexion. Das Vorhaben zielt auf die weitere Fundierung einzelner normativer Argumentationsstränge und den Ausbau der Theorie des Community Organizing.

Dokumentationen und Publikationen

Leo J. Penta/Andreas Lienkamp: Ethik der Gemeinwesenarbeit, in: Andreas Lob-Hüdepohl/Walter Lesch (Hrsg.): Ethik Sozialer Arbeit. Ein Handbuch, Paderborn 2007, S. 259–285.

Christiane Schraml, Community Organizing und die politische Philosophie Hannah Arendts, in: Leo Penta (Hrsg.): Community Organizing. Menschen verändern ihre Stadt, Hamburg 2007, S. 109–118.



Medizin- und Bioethik

Die Reform des Gesundheitssystems ist die zentrale sozialpolitische Herausforderung der kommenden Jahre. Das ICEP hat sich durch Fachveranstaltungen, pointierte Beiträge und Expertisen als Gesprächspartner für politische Akteure und Verbände in die Debatte eingebracht. Neben der Neugestaltung der gesetzlichen Krankenversicherung und der Verhältnisbestimmung von Effizienz und Gerechtigkeit im Gesundheitswesen bestimmt insbesondere die Reform der Pflegeversicherung auf der politischen Agenda. Mit der Katholischen Akademie in Berlin konnte am 30. Mai 2006 die gemeinsame Fachtagung »Wege und Irrwege der Effizienzsteigerung im Gesundheitswesen« durchgeführt werden. Mit dieser Veranstaltung zu verschiedenen Aspekten von Effizienzsteigerung im Gesundheitswesen hat sich das ICEP in die aktuelle Reformdebatte des Gesundheitssystems eingebracht. Es konnten die auf fachmedizinischer wie politischer Ebene diskutierten Maßnahmen der Qualitäts- und Effizienzsteigerung strukturiert vorgestellt und einer sozialetischen Kritik unterzogen werden. Ein weiteres Augenmerk der Forschungstätigkeit am ICEP liegt auf der ethischen Bewertung des gesellschaftlichen Umgangs mit Behinderung, Krankheit, Sterben und Tod. In den vergangenen zwei Jahren standen hierbei insbesondere die Frage nach der sozialen Inszenierung von Behinderung im Fokus der Untersuchungen. Angesichts der Debatte um die gesetzliche Regelung von Patientenverfügungen thematisiert das ICEP insbesondere die Risiken der negativen Selbstbindung.

Dokumentationen und Publikationen

Dokumentationen des ICEP 1/2006: »Wege und Irrwege der Effizienzsteigerung im Gesundheitswesen«, Berlin 2006.

Monika Bobbert: Ethische Überlegungen zum Gesundheitswesen: Individuelle Rechte als vorrangige Verteilungskriterien, ICEP argumente, 1. Jg., Nr. 2/2005, S. 1–2.

- Axel Bohmeyer: Jenseits von Rationierung und Priorisierung – Effizienz im Gesundheitswesen, ICEP argumente, 2. Jg., Nr. 2/2006, S. 1–2.
- Andreas Lob-Hüdepohl: Schwierige Willensbekundung. Garantieren Patientenverfügungen würdevolles Sterben?, in: Herder Korrespondenz, 61. Jg. (2007), Nr. 2, S. 83–87.
- Andreas Lob-Hüdepohl: Die Würde nichteinwilligungsfähiger Patienten. Anmerkungen zum aktuellen Streit um die rechtliche Verbindlichkeit von Patientenverfügungen, in: Salzkörner. Materialien für die Diskussion in Kirche und Gesellschaft, 12 (2006), Nr. 4, S. 2–3.
- Andreas Lob-Hüdepohl: Patientenautonomie bei Nichteinwilligungsfähigkeit, in: Arnd T. May/Ralph Charbonnier (Hrsg.): Patientenverfügungen. Unterschiedliche Regelungsmöglichkeiten zwischen Selbstbestimmung und Fürsorge, Münster 2005, S. 117–125.
- Andreas Lob-Hüdepohl: Das Widerfahrnis des Todes und die Erfahrung des Sterbens – theologisch-ethische Erkundungen in schwierigem Terrain, in: Andreas Brüning/Gudrun Piechotta (Hrsg.): Die Zeit des Sterbens. Diskussionen über das Lebensende des Menschen in der Gesellschaft, Berlin 2005, S. 10–32.
- Andreas Lob-Hüdepohl: Biopolitik und die soziale Inszenierung von Behinderung, in: Konrad Hilpert/Dietmar Mieth (Hrsg.): Kriterien biomedizinischer Ethik. Theologische Beiträge zum gesellschaftlichen Diskurs, Freiburg im Breisgau 2006, S. 234–254.
- Andreas Lob-Hüdepohl: Behindernde Bilder »versehrten« Lebens – von der Notwendigkeit einer befreienden Theologie der Versehrten. In: Arnd T. May/Caspar Söling (Hrsg.): Gesundheit, Krankheit, Behinderung – Gottgewollt, naturgegeben oder gesellschaftlich bedingt?, Paderborn 2006, S. 65–81.
- Christof Mandry: Humangenom, Gesellschaft und Moral - ambivalente Eindrücke, in: Erwägen – Wissen – Ethik 16 (2005) Heft 2, S. 195–196.
- Christof Mandry: Menschenwürdige Pflege gerecht finanzieren. Ausgangspunkte für eine ethische Bewertung der Pflegeversicherung und ihres Reformbedarfs, in: Stefan Kurzke-Maasmeier/Christof Mandry/Christine Oberer (Hrsg.): Baustelle Sozialstaat! Sozialethische Sondierungen in unübersichtlichem Gelände, Münster, S. 181–200.
- Dietmar Mieth: Effizienz – Bedeutung und Nutzen für die Reform des Gesundheitswesens, ICEP arbeitspapiere, 2/2006, S. 1–11.
- Dietmar Mieth: Patientenverfügung ohne Reichweitenbegrenzung: eine Überforderung der Selbstbestimmung, ICEP argumente, 1. Jg., Nr. 3/2005, S. 1–2.



Migration und Integration

Der gesellschaftliche Diskurs um Migration und Integration hat spätestens seit der Verabschiedung des neuen Zuwanderungsgesetzes, mit der Auseinandersetzung mit dem politischen Islam und durch die Entwicklung eines nationalen Integrationsplans durch die Bundesregierung einen neuen Schub erhalten. Allerdings wird diese Debatte nach wie vor wenig differenziert geführt, sondern sie bleibt häufig defizitorientiert und auf die nationale Politik beschränkt. Aus ethischer Perspektive stellt es sich dabei als problematisch dar, dass die komplex ineinander verwobenen Phänomene Migration und Integration oft getrennt voneinander betrachtet werden. Einerseits behält das Ausländer- und Zuwanderungsrecht in Deutschland im Kontext von Terrorabwehr und dem vorgeblichen Schutz der sozialen Sicherungssysteme einen eher abwehrenden Charakter. Andererseits wird Integration als gesellschaftliche Herausforderung verstanden und es werden neue politische Konzepte auf den Weg gebracht. Dabei wird allerdings häufig übersehen, dass nicht gelingende Integration nicht ausschließlich im mangelnden Integrationswillen so genannter Ausländer gründet, sondern auch Folge rechts-, sozial- und bildungspolitischer Fehlentscheidungen ist. Ethisch fragwürdig ist zudem, dass einerseits zwischen »ökonomisch wertvollen«, gut ausgebildeten Migranten und solchen, die aufgrund von Armut, Umweltzerstörung oder Kriegen fliehen, unterschieden wird. Damit verliert das Migrationsphänomen die Dimension wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Entwicklung, die es historisch immer besessen hat. Bedenklich ist auch, dass Integrationsanstrengungen langjährig lediglich »geduldeter« Flüchtlinge häufig nicht anerkannt und wesentliche Grundgüter wie das Kriterium der Familienzusammengehörigkeit oder der besondere Schutz von minderjährigen, kranken, alten und »irregulären« Migranten nicht ausreichend zur Geltung kommen.

Das ICEP hat im Rahmen von Arbeitspapieren, Zeitschriftenaufsätzen und Fachveranstaltungen auf diese Problematik aufmerksam gemacht und ethische Argumentationen für die Rechte von Migranten auf Beteiligung, Anerkennung und Integration entfaltet. Die Forschung zu den normativen Grundlagen und Aufgaben einer innovativen und kohärenten Migrations- und Integrationspolitik werden fortgesetzt, etwa durch eine intensive Zusammenarbeit mit dem Referat Migration und Integration des Deutschen Caritasverbandes.

Dokumentationen und Publikationen

Axel Bohmeyer/Stefan Kurzke-Maasmeier: Caritas als Avantgarde der Integrationsgesellschaft, in: Deutscher Caritasverband (Hrsg.): neue caritas Jahrbuch 2008, Freiburg im Breisgau 2007, S. 199–206.

Stefan Kurzke-Maasmeier: Migration und Integration als Herausforderungen einer verantwortlichen Gesellschaft, in: ICEP arbeitspapiere, 1/2007, S. 1–27.

Stefan Kurzke-Maasmeier: Verletzte Würde – eingeschränkte Rechte. Ethische Reflexionen zur Situation traumatisierter Kinderflüchtlinge, in: psychosozial, 28. Jg. (2005), Nr. 102, Heft IV, S. 81–94.

Andreas Lob-Hüdepohl: Soziale Arbeit mit Flüchtlingen als Menschenrechtsprofession – ethische Orientierungen, in: epd-dokumentation 23/2004, S. 35–44.

Bildung

Das deutsche Bildungssystem hat nachweislich gerechtigkeitsrelevante Schwachpunkte offenbart. So gelingt es offenbar nicht ausreichend, Schülerinnen und Schüler aus Elternhäusern mit geringer Bildungsnähe oder mit Migrationshintergrund so zu fördern, dass ihnen nach dem Schulabschluss eine chancenreiche und selbstbestimmte berufliche Zukunft offensteht. Bildung ist ein zentrales Gut moderner Lebensführung. In ihrer menschenrechtlichen Bedeutung hat sie insofern auch Auswirkungen auf politische Partizipation, ökonomische Prosperität und soziale wie kulturelle Entwicklungen und ist deshalb ein wichtiges Reflexionsfeld der Sozialethik. Im Mittelpunkt einer ethischen Betrachtung von Fragen der Bildung steht die unhintergehbare Würde der Person. Sie verbietet es, Leistungsbilanzen und die ökonomische Verwertbarkeit zu leitenden Kriterien eines geeigneten Bildungssystems zu machen. Vielmehr muss die übergeordnete Bedeutung von Bildung als Medium der Entfaltung einer autonomen Lebensführung herausgehoben werden. Dies schließt den Aspekt der sozialen Verantwortungsübernahme ausdrücklich ein.

Das ICEP hat sich in seiner Auseinandersetzung mit dem Thema Bildung insbesondere mit dem ethischen Recht auf Bildung und seiner Bedeutung für die Integration junger Menschen in die Gesellschaft insgesamt befasst. Angesichts der bestehenden Defizite fordert dieses ethische Recht auf Bildung über die formale Chancengleichheit hinaus die positive Unterstützung für einen erfolgreichen Bildungserwerb. Die Grundsätze der Chancen- und Beteiligungsgerechtigkeit müssen sich gerade im Hinblick auf die »Bildungsbenachteiligten« bewähren. Als solche können etwa junge Flüchtlinge in Deutschland betrachtet werden, denen aufgrund ausländerrechtlicher Regelungen häufig Chancen verwehrt werden, ihr Recht auf Bildung zur Geltung zu bringen.

Das ICEP hat sich diesem Problemfeld im Rahmen der Fachtagung »Bildung für junge Flüchtlinge! Bedarfe, ethische Anfragen und Forderungen für die politische Praxis« am 06.



Dezember 2006 in besonderer Weise angenommen. In der eintägigen Veranstaltung an der KHSB wurden Bildungsperspektiven von jungen Flüchtlingen (Schule, außerschulische Angebote, weiterführende Ausbildung und Studium) beleuchtet. Thematisch standen sowohl die rechtlichen Grundlagen, sozialpädagogische Konzepte und die menschenrechtsethische Bedeutung von Bildung im Mittelpunkt der Vorträge und Diskussionen.

Dokumentationen und Publikationen

Dokumentation des ICEP 2/2006: »Bildung für junge Flüchtlinge!«, Berlin 2006.

Christof Mandry: Gerechte Bildungschancen sicherstellen – ethische Anforderungen an das deutsche Bildungssystem, in: ICEP argumente, 2. Jg., Nr. 1/2006, S. 1–2.

Christof Mandry: Bildung und Gerechtigkeit, in: ICEP arbeitspapiere, 1/2006, S. 1–19.



Ethik und Gender Studies

Im politischen Diskurs ist die Erkenntnis, dass Männer Akteure und eine relevante Zielgruppe der Gleichstellungspolitik sind und sein müssen, relativ neu. Diese Tatsache hat einen doppelt negativen Effekt: Erstens wird dadurch Gleichstellung im Allgemeinen behindert (und damit auch Gleichstellung von Frauen); und zweitens werden spezifisch männliche Probleme nicht wahrgenommen und können somit auch nicht gelöst werden. Die herrschenden Leitbilder sind zwar im Wandel und dennoch ist »hegemoniale Männlichkeit« weiterhin das leitende Prinzip in der Praxis. Zwar wünscht sich ein großer Teil der Männer geringere Erwerbszeiten und mehr Zeit für die Familie; aber derzeit nimmt die Arbeitszeit von Männern in der Phase der Familiengründung noch zu, während die der Frauen abnimmt. Geschlechtsspezifisch unterschiedliche Verdienstmöglichkeiten und Leitbilder erschweren Männern eine Veränderung. Der Handlungsbedarf für Politik und Gesellschaft ist damit deutlich markiert.

Das ICEP hat sich in den vergangenen Jahren in Publikationen und einem Workshop dieser wichtigen Zukunftsfrage gestellt. Auf einem Workshop, den das ICEP mit ausgesuchten Experten für die Abteilung Gleichstellung des Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend am 15.12.2006 in der KHSB organisiert und durchgeführt hat, wurden vier zentrale Themen in den Mittelpunkt gestellt, die aktuelle und politisch besonders relevante Bereiche berühren: (1) Arbeit und Familie, (2) Jungen und Bildung, (3) Männlichkeit, Migration und Integration sowie (4) Gesundheit und Lebensrisiken von Männern. In Arbeitsgruppen wurde in die Themenfelder mithilfe kurzer Inputs eingeführt und im Anschluss daran kritisch diskutiert. Der »Konsultationsprozess« war für die Teilnehmerinnen und Teilnehmer ein interessanter Beginn der Debatte, wobei mehr Fragen generiert wurden, als dass konkrete Handlungsarrangements entwickelt werden konnten.

Dokumentationen und Publikationen

Dokumentationen des ICEP 2/2007: »Männerperspektiven in der Gleichstellungspolitik – Fragestellungen und Handlungsmöglichkeiten«, Berlin 2007.

Petra Focks und Andreas Lob-Hüdepohl: Ethik geschlechterbewusster Sozialer Arbeit, in: Andreas Lob-Hüdepohl/Walter Lesch (Hrsg.): Ethik Sozialer Arbeit. Ein Handbuch, Paderborn 2007, S. 235–258.

Stephan Höyng: Mehr Lebensqualität durch eine gerechte Verteilung der Erwerbsarbeit, in: ICEP argumente, 1. Jg., Nr. 4/2005, S. 1–2.

Andreas Lob-Hüdepohl: Gerechtigkeit und Solidarität als Grundprinzipien Sozialer Sicherung und Sozialer Förderung von Familien, in: Arbeitsgemeinschaft der deutschen Familienorganisationen e. V. (Hrsg.): Dokumentation des Internationalen Symposiums »Internationales Jahr der Familie – 10 Jahre danach. Familie als Spiegel gesellschaftlicher und politischer Entwicklungen«, Berlin 2005, S. 33–41.

Beirat und Institutsmitglieder

Der Beirat

Der Beirat des ICEP unterstützt das Institut insbesondere bei der thematischen Ausrichtung der Forschungs- und Projektarbeit, der Gewinnung von Kooperationspartnern sowie bei den Kontakten zu politischen Akteuren. Dem Beirat gehören derzeit folgende Personen an:

Joachim Hake

Direktor der Katholischen Akademie in Berlin

Prof. Dr. Marianne Heimbach-Steins

Professorin für Christliche Soziallehre und Allgemeine Religionssoziologie an der Fakultät Katholische Theologie der Otto-Friedrich-Universität Bamberg

Prälat Dr. Karl Jüsten

Leiter des Kommissariats der deutschen Bischöfe – Katholisches Büro in Berlin

Prof. Dr. Gerhard Kruij

Professor am Lehrstuhl für Sozialethik an der Katholisch-Theologischen Fakultät des Fachbereichs Katholische Theologie und Evangelische Theologie der Johannes Gutenberg-Universität Mainz; zugleich Direktor des Forschungsinstituts für Philosophie Hannover

Prof. Dr. Walter Lesch

Professor für Sozialethik an der Theologischen Fakultät und für Moralphilosophie an der Philosophischen Fakultät der Katholischen Universität Louvain-la-Neuve (Belgien)

Prof. Dr. Dietmar Mieth

Vorsitzender des Beirats. Professor für Theologische Ethik an der Eberhard-Karls-Universität Tübingen. Seit 1986 Aufbau des interfakultären Zentrums »Ethik in den Wissenschaften« an der Universität Tübingen

Profile der Institutsmitglieder

Publikationen und Vorträge werden jeweils in Auswahl dargestellt. Spezifische Beiträge, die im Rahmen der Institutsaktivitäten erarbeitet wurden, sind in diesem Bericht unter der Rubrik »Themen und Projekte« zu finden.



Axel Bohmeyer

geb. 1975, Dr. phil., Geschäftsführer des Berliner Instituts für christliche Ethik und Politik und Dozent für Anthropologie und Ethik an der Katholischen Hochschule für Sozialwesen Berlin

Aktuelle Arbeitsschwerpunkte

- › Ethik Sozialer Arbeit
- › Ethik des Sozialstaats
- › Philosophisch-theologische Grundlagen der christlichen Sozialethik (Anerkennungsethik, Diskursethik)
- › Anthropologische Grundfragen

Mitgliedschaften

- › Berufenes Mitglied des Arbeitskreises »Grundwerte-Kommission« der Christlichen Arbeitnehmerschaft Deutschlands
- › Mitglied des wissenschaftlichen Beirats der Landesarbeitsgemeinschaft Katholische Jugendsozialarbeit Nordrhein-Westfalen
- › Netzwerk Soziale Theologie

Publikationen (in Auswahl)**2007**

Gesellschaftliche Integration im Modus sozialer Anerkennung, in: Christiane Eckstein/Alexander Filipovic/Klaus Oostenryck (Hrsg.): Beteiligung, Inklusion, Integration. Sozialethische Konzepte für die moderne Gesellschaft, Münster, S. 29–41.

Anerkennung und Obdachlosigkeit: kurze Phänomenologie sozialer Missachtungserfahrungen, in: Jochen Kade/Wolfgang Seitter (Hrsg.), Umgang mit Wissen. Recherchen zur Empirie des Pädagogischen. Band 1: Pädagogische Kommunikation, Opladen/Farmington Hills, S. 253–266.

2006

Jenseits der Diskursethik. Christliche Sozialethik und Axel Honneths Theorie sozialer Anerkennung, Münster.

Der Mensch als soziales Wesen, in: ConAction! Werkbrief der Katholischen Jugend Oberösterreich, Nr. 62, Ausgabe III/2006, S. 4–5.

2005

Profile. Christliche Sozialethik zwischen Theologie und Philosophie, Münster (zusammen mit Johannes J. Frühbauer).

Von der Diskursethik zur Anerkennungstheorie? Ein Beitrag zur Theoriediskussion in der Christlichen Sozialethik, in: Axel Bohmeyer/Johannes J. Frühbauer (Hrsg.): Profile. Christliche Sozialethik zwischen Theologie und Philosophie, Münster, S. 67–83.

Erwerbsarbeit als zentrales Merkmal des Lebens – Erwerbsarbeit als zentrale Anerkennungsform, in: Stefan Kunz (Hrsg.), Früher war sogar die Zukunft besser ...? Wohnungslosenhilfe in Zeiten des Umbruchs, Bielefeld, S. 17–25 (= Reihe Materialien zur Wohnungslosenhilfe, Heft 56).

Anerkennung und Arbeit, in: Henriette Crüwell/Tobias Jakobi/Matthias Möhring-Hesse (Hrsg.): Arbeit, Arbeit der Kirche und Kirche der Arbeit. Beiträge zur christlichen Sozialethik der Erwerbsarbeit. Festschrift zum 68. Geburtstag von Friedhelm Hengsbach SJ, Münster, S. 214–224.

2004

Was meinen wir, wenn wir von Gerechtigkeit sprechen?, in: Wissenschaftliche Arbeitsstelle des Oswald-von-Nell-Breuning-Hauses (Hrsg.): Gerechtigkeit für Anfänger, Münster [u.a.], S. 9–16.

Vorträge (in Auswahl)**2007**

Sozialkonsum verdrängt Zukunftsinvestitionen? – Was ist eigentlich sozial?, Bundestreffen Christophorus Pfingsten 2007, Vierzehneiligen (27.05.).

Die alternde Gesellschaft in einer globalisierten Welt – sozialdiagnostische Erkundungen, Bundestreffen Christophorus Pfingsten 2007, Vierzehneiligen (26.05.).

Arbeitssucht und Anerkennung. Versuch einer gnadentheologischen Heuristik, Deutscher Studienpreis 2006 der Körber-Stiftung, Berlin (20.05.).

Arbeitssucht als Anerkennungs-pathologie. Eine gnadentheologische Kritik, im Rahmen der Vorlesung »Rechtfertigung und Anerkennung« an der Katholischen Privatuniversität Linz, Linz/Österreich (15.05.).

Das christliche Profil der Sozialen Arbeit – theologisch-ekklesiologische und sozialethische Zugänge, Klausurtagung der Caritas Familien- und Jugendhilfe gGmbH, Kirchmöser (03.05.).

Sozialethik – Grundlage des politischen Denkens und Handelns, Glaubensabend im Dekanat Fürstenwalde, Müncheberg (16.03.).

Anerkennung – Befähigung – Integration, Tagung Liebe bewegt ... und verändert die Welt zum Jahrestag des Erscheinens von Deus Caritas est. Analysen – Modelle – Strategien, Katholische Akademie Schwerte, Schwerte (27.01.).

2006

Die Zukunft der offenen Kinder- und Jugendarbeit im Erzbistum Köln, Expertenhearing, Köln (21.11.).

Patientenautonomie und würdevolles Sterben – moraltheologische und sozialethische Gesichtspunkte. Vollversammlung des Diözesanrates der Katholiken im Erzbistum Berlin, Berlin (18.11.).

Die 500 Euro-Frage: Studiengebühren und soziale Gerechtigkeit, Katholische Hochschulgemeinde Darmstadt, Darmstadt (25.10.).

Arbeit als sozialethisches Problem, Sankt Seebald Gesellschaft, Nürnberg (19.09.).

Vom Wert der Arbeit, Alexiustag der St. Alexius Service-GmbH, Berlin (17.07.).

Christliches Profil in der Spannung zwischen pflegerischer Verantwortung und ökonomischen Zwängen – (sozial-)ethische Zugänge, Seminar für Führungskräfte des Pflegedienstes des Sankt Gertrauden-Krankenhauses, Berlin (30.03.).

»Das Werk der Gerechtigkeit wird der Friede sein!« – Soziale Gerechtigkeit in Gesellschaft und ländlichem Raum, 40. Landesversammlung der Katholischen Landvolkbewegung, Nittendorf bei Regensburg (24.03.).

Christliches Profil in der Spannung zwischen pflegerischer Verantwortung und ökonomischen Zwängen – (sozial-) ethische Zugänge, Seminar für Führungskräfte des Pflegedienstes des Sankt Gertrauden-Krankenhauses, Berlin (27.02.).

2005

Ethische Standards in einer globalisierten Welt. Impulse aus einer ökumenischen Ethik, Otterberger Begegnungen Ora et labora. Mensch und Wirtschaft heute, Otterberg (15.10.).

Krise der Arbeitsgesellschaft?, Kongress Grundeinkommen – In Freiheit tätig sein, Wien (08.10.).

Renaissance der Religion – Renaissance des Sozialstaats?, Forum Sozialethik, Dortmund (13.09.).

Deutschland vor der Wahl, Round-Table-Gespräch im Rahmen der Wahlbeobachterreise des DAAD anlässlich der Bundestagswahl am 18. September 2005, Frankfurt am Main (10.09.).

Teilen wir noch die gleichen Werte? – Zur radikalen Kritik am Sozialstaat, Ehemaligentreffen des Schmittmann-Kollegs, Köln (28.05.).

Die Zukunft der Arbeit für soziale Randgruppen, 6. Fachtagung des Zentralverbands sozialer Heim- und Werkstätten e. V. Arbeitsanleitung zwischen Tagesstruktur und Arbeitsplatz für Arbeitsanleiter/innen, Gruppenleiter/innen, Hauswirtschaftsleiter/innen, Bergisch-Gladbach (10.05.).

2004

Arbeit ist das halbe Leben?, 8. Rothenfelser Herbsttagung für Jugendliche und junge Erwachsene unter dem Motto: Arbeiten um zu leben oder leben um zu arbeiten, Rothenfels (31.10.).

Erwerbsarbeit als zentrales Merkmal des Lebens – Erwerbsarbeit als zentrale Anerkennungsform, Herbstjahrestagung des Zentralverbands sozialer Heim- und Werkstätten e. V., Augsburg (06.10.).

Die EU – Wirtschaftsgigant mit sozialen Schattenseiten oder ein soziales Erfolgsmodell?, Europäisches Dialogforum »Das Europa der Zukunft und die Zusammenarbeit christlicher Arbeitnehmer/innen-Organisationen«, Waldmünchen (01.10.).

Der Übergriff der Wirtschaft auf die übrige Zeit, ZeitTage 2004, Uslar (14.09.).

Globalisierung – Fluch oder Segen?, Fachtagung der Katholischen Arbeitnehmer-Bewegung, Pfarrei Sankt Antonius Sevelen, Issum (03.09.).

Katholische Soziallehre, Jahrestagung des Stegerwald-Bundes Wertmaßstäbe für politisches Handeln, Arbeitnehmer-Zentrum Königswinter (19.05.).

Globalisierung und Christliche Sozialethik, Bildungswerk der Pfarrei St. Martin, Jöhlingen (23.04.).

Bildung gerecht verteilen – Bildung gerecht finanzieren. Sozial-ethische Überlegungen zum Thema Studiengebühren, Studententag des Forums Hochschule und Kirche: Studiengebühren – ein Blick hinter die Kulissen einer heißen Debatte, Frankfurt am Main (25.03.).



Stefan Kurzke-Maasmeier

geb. 1976, Dipl. Soz.Arb., Gründungsmitglied und Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Berliner Institut für christliche Ethik und Politik

Aktuelle Arbeitsschwerpunkte

- › Ethik des Sozialstaats (insbesondere normative Grundlagen)
- › Ethik Sozialer Arbeit
- › Migration und Integration

Mitgliedschaften

- › Deutsche Gesellschaft für Soziale Arbeit
- › Bundesfachverband Unbegleitete Minderjährige Flüchtlinge e.V.

Publikationen (in Auswahl)

2007

Migration und Integration als Herausforderungen einer verantwortlichen Gesellschaft, in: ICEP arbeitspapiere 1/2007, S. 1–27.

2006

Stefan Kurzke-Maasmeier/Christof Mandry/Christine Oberer (Hrsg.): Baustelle Sozialstaat! Sozialethische Sondierungen in unübersichtlichem Gelände, Münster.

2005

Verletzte Würde – eingeschränkte Rechte. Ethische Reflexionen zur Situation traumatisierter Kinderflüchtlinge, in: psychosozial, 28. Jg., Nr. 102, Heft IV, S. 81–94.

Das Unsagbare und die Sprache der Ethik. Vorüberlegungen zu einer Ethik der Menschenwürde angesichts fremder Leidenserfahrung, in: Werner Veith/Christoph Hübenenthal (Hrsg.): Macht und Ohnmacht. Konzeptionelle und kontextuelle Erkundungen, Münster, S. 67–83.

Anthropologie und Ethik Sozialer Arbeit angesichts einer »Ökonomisierung des Sozialen« – die Perspektive der Ausbildung, in: Sozialpsychiatrische Informationen. 35. Jg., Nr. 4, S. 32–36 (zusammen mit Christof Mandry).

Vorträge

2006

Ein Wertewandel? Macht und Moral im ethischen Diskurs. Tagung »Macht und Moral«, Forum Ost West e. V., Seddiner See (23.09.).

2005

Beistand, Befähigung, Beteiligung – Sozialethische Überlegungen zum Programm aktivierender Sozialer Arbeit, Forum Sozialethik, Dortmund (13.09.).

2004

Gewalt. Trauma. Ethik. Unterwerfungsmacht, Verletzungsoffenheit und Rekonstruktionen einer Ethik der Menschenwürde, Forum Sozialethik, Dortmund (06.09.).



Andreas Lienkamp

geb. 1962, Dr. theol., stellvertretender Geschäftsführer und Gründungsmitglied des Berliner Instituts für christliche Ethik und Politik, Professor für theologisch-ethische Grundlagen Sozialer Arbeit

Aktuelle Arbeitsschwerpunkte

- › Ethik Sozialer Arbeit
- › Umweltethik (u.a. Klimawandel, Nachhaltigkeit, Ökologische Steuerreform)
- › Medizin- und Bioethik

Mitgliedschaften

- › Arbeitsgruppe für ökologische Fragen der Kommission VI der Deutschen Bischofskonferenz
- › Internationale Vereinigung für Moralthologie und Sozialethik
- › Bereichsübergreifende Arbeitsgruppe Familienpolitik der Deutschen Bischofskonferenz
- › The International Research Network for Social Work (IRN) der Society for International Cooperation in Social Work (SICSW)
- › Arbeitsgemeinschaft der Sozialethikerinnen und Sozialethiker des deutschsprachigen Raumes
- › Netzwerk Soziale Theologie

Publikationen

2007

Für eine Zukunft in Solidarität und Gerechtigkeit. Eine Relecture des Wirtschafts- und Sozialwortes der Kirchen nach zehn Jahren (zusammen mit Marianne Heimbach-Steins), in: Stimmen der Zeit, 132. Jg., Nr. 7, S. 457–470.

Könnte Kevin noch leben? Zur Debatte um den Schutz gefährdeter Kinder, in: Herder Korrespondenz, 61. Jg., Nr. 2, S. 75–79.

Für eine Zukunft in Solidarität und Gerechtigkeit (zusammen mit Marianne Heimbach-Steins), in: ICEP argumente, 3. Jg., Nr. 1, S. 1–2.

2006

Parteinahme für eine Solidarität mit den Armen: Impulse einer Theologie Sozialer Arbeit für die Gesellschaft, in: Rainer Krockauer/Stephanie Bohlen/Markus Lehner (Hrsg.): Theologie und Soziale Arbeit. Handbuch für Studium, Weiterbildung und Beruf, München, S. 263–274.

2005

Vernunft versus Glaube, Utopie versus Eschatologie? Der klassische Utopiebegriff aus christlich-ethischer Perspektive, in: Erwägen – Wissen – Ethik, 16. Jg., Nr. 3, S. 310–313.

»Der Führende soll werden wie der Dienende« (Lk 22,26). Führen und Leiten in sozialen Einrichtungen in kirchlicher Trägerschaft, in: Pastoraltheologische Informationen, 25. Jg., Nr. 2, S. 210–231.

Das Reich Gottes als Zielperspektive christlicher Sozialethik – Inspirationen aus dem christlich-jüdischen Dialog und aus der Theologie Theodor Steinbüchels, in: Jahrbuch für Christliche Sozialwissenschaften 45, S. 189–210.

2004

Art. Steinbüchel, Theodor, in: Hans Dieter Betz/Don S. Browning/Bernd Janowski/Eberhard Jüngel (Hrsg.): Religion in Geschichte und Gegenwart. Handwörterbuch für Theologie und Religionswissenschaft, Bd. 7, Tübingen, 4. Aufl. 2004, S. 1701–1702.

Theodor Steinbüchel (1888–1949), in: Sebastian Cüppers (Hrsg.): Kölner Theologen. Von Rupert von Deutz bis Wilhelm Nyssen, Köln, S. 388–411.

Vorträge (in Auswahl)

2007

Der Klimawandel – Brennpunkt globaler, intergenerationaler und ökologischer Gerechtigkeit, Tagung »Klimawandel und Klimaschutz. Analysen – unsere Verantwortung – Praxisbeispiele«, Würzburg (25.01.).

2006

Klimawandel – Brennpunkt globaler, intergenerationaler und ökologischer Gerechtigkeit, Jahrestagung der Umweltbeauftragten bzw. Ansprechpartner/-innen für Umweltfragen in

den (Erz-)Diözesen in der Bundesrepublik Deutschland, Mainz (21.02.).

Solidarität mit den Armen – Impulse einer Theologie Sozialer Arbeit für die Gesellschaft, Symposium »Wege zu einer Theologie Sozialer Arbeit – Ausgangspunkte, Kriterien, Perspektiven«, Mainz (22.09.).

Klimaschutz aus ethischer Verantwortung! – Vorstellung der Publikation der Deutschen Bischofskonferenz«, Symposion »Klimaschutz aus ethischer Verantwortung!«, Berlin (12.10.).

Klimawandel und Generationengerechtigkeit – eine Aufgabe der Kirche? Teilnahme auf dem Podium des Symposions »Klimaschutz aus ethischer Verantwortung!«, Berlin (12.10.).

Besteht eine ethische Verpflichtung zum Handeln? Der Klimawandel als Gerechtigkeitsfrage, 16. Umweltsymposium des Zentrums für Umweltforschung der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster »Globale Umweltveränderungen und Wetterextreme – Was kostet der Wandel?«, Münster (07.11.).

Globale Umweltveränderungen und Wetterextreme – Was kostet der Wandel? Teilnahme an der Podiumsdiskussion beim 16. Umweltsymposium des Zentrums für Umweltforschung der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster »Globale Umweltveränderungen und Wetterextreme – Was kostet der Wandel?«, Münster (07.11.).

2005

Klimawandel und Gerechtigkeit – Anregungen für Bürger/-innen und Entscheidungsträger/-innen aus christlich-sozialethischer Perspektive, Konferenz »Rheinklima – Die Zukunftsfähigkeit eines europäischen Wirtschaftsraums im Wandel des Klimas« des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF), Bonn (15.04.).

Rente – Staatliche Grundrente und Pflicht zur Eigenvorsorge? Thematische Einführung und Moderation eines Round-Table-Gesprächs bei der Fachtagung »Bismarck oder Beveridge? Grundlagen und Prinzipien sozialer Sicherung«, Berlin (06.06.).

Das Leben ist hart(z) geworden – Sozialreformen = neue Normen?, Öffentliche Projektstage »Das Leben mit Hartz IV« an der KHSB, Berlin (07.06.).

Hans-Joachim Höhns Ansatz einer ökologischen Sozialethik. Tagung »Identität und Wirksamkeit christlicher Sozialethik«, Burg Rothenfels (17.06.).



Andreas Lob-Hüdepohl

geb. 1961, Dr. theol., Gründungsmitglied des Berliner Instituts für christliche Ethik und Politik, Professor für Theologische Ethik, seit 01.10.1997 Rektor der Katholischen Hochschule für Sozialwesen Berlin

Aktuelle Arbeitsschwerpunkte

- › Ethik des Sozialstaats
- › Medizin- und Bioethik (insbesondere Behindertenethik und Patientenverfügung/würdevolles Sterben)
- › Grundfragen theologischer Ethik in den Berufsfeldern der Sozialen Arbeit

Mitgliedschaften

- › Berufener wissenschaftlicher Sachverständiger des Zentralratsausschusses »Personalentwicklung und Soziale Berufe« des Deutschen Caritasverbands
- › Berufener wissenschaftlicher Sachverständiger im Kuratorium der Arbeitsstelle »Pastoral für Menschen mit Behinderung« der Deutschen Bischofskonferenz
- › Europäische Gesellschaft für Katholische Theologie
- › Fachgutachter der Akkreditierungsagentur AHGPS
- › Internationale Vereinigung für Moralthologie und Sozialethik
- › Societas ethica (Europäische Forschungsgesellschaft für Ethik)
- › Mitglied der Vollversammlung, des Hauptausschusses, der Gemeinsamen Konferenz DBK/ZdK, des Kulturpolitischen Arbeitskreises sowie Vorsitzender der Ad-hoc-Arbeitsgruppe Patientenverfügung des Zentralkomitees der deutschen Katholiken
- › Redaktionsbeirat der Fachzeitschrift »Soziale Arbeit« am Deutschen Zentralinstitut für soziale Fragen
- › Wissenschaftlicher Beirat der Katholischen Akademie in Berlin
- › Akademie für Ethik und Medizin
- › Wissenschaftlicher Beirat der Landesarbeitsgemeinschaft Katholische Jugendsozialarbeit Nordrhein-Westfalen
- › Berufenes Mitglied des Hochschulrats des Katholischen Universitäts Eichstätt/Ingolstadt

Publikationen (in Auswahl)

2007

- Sakramentale Ehe – ein Lebensstil zuversichtlicher Wegemeinschaft, in: Sekretariat der Deutschen Bischofskonferenz (Hrsg.): Hier beginnt die Zukunft: Ehe und Familie – Ermutigen. Vertrauen. Voranbringen. Familienpastorale Arbeitshilfe (= Arbeitshilfe Nr. 205), Bonn, S. 7–15.
- Schwierige Willensbekundung. Garantieren Patientenverfügungen würdevolles Sterben?, in: Herder Korrespondenz, 61. Jg., Nr. 2, S. 83–87.
- Moralische Tugenden im Nährboden des Glaubens, in: Michael Fassnacht/Hermann Flothkötter/Bernhard Nacke (Hrsg.): Im Wandel bleibt der Kern. Reflexionen – Ansätze – Ankerpunkte, Münster, S. 73–88.
- Vermarktlichung des Sozialstaates? Anmerkungen aus sozial-ethischer Sicht, in: Detlef Aufderheide/Martin Dabrowski (Hrsg.): Markt und Wettbewerb in der Sozialwirtschaft. Wirtschaftsethische und moralökonomische Perspektiven für den Pflegesektor, Berlin, S. 109–119.
- Einführung in den Erklärungsentwurf »Leben und Sterben in Würde«, in: Leben und Sterben in Würde. Dokumentation (= Erklärungen und Redebeiträge des Zentralkomitees der deutschen Katholiken [ZdK]), Bonn, S. 30–35.

2006

- Nicht vom hohen Ross herab. Politikberatung durch Ideenagenturen, in: Herder Korrespondenz, 60. Jg., Nr. 2, S. 79–83.
- »Das Leben hat doch keinen Sinn!« Grenzerfahrungen als Herausforderung christlicher Gottesrede in der Sozialen Arbeit, in: Rainer Krockauer/Stephanie Bohlen/Marcus Lehner (Hrsg.): Theologie und Soziale Arbeit. Handbuch für Studium, Weiterbildung und Beruf, München, S. 48–58.
- Biopolitik und die soziale Inszenierung von Behinderung, in: Konrad Hilpert/Dietmar Mieth (Hrsg.): Kriterien biomedizinischer Ethik. Theologische Beiträge zum gesellschaftlichen Diskurs, Freiburg im Breisgau, S. 234–254.
- Beachtliches Orientierungspotenzial. Attraktivität und Plausibilität der christlichen Ehe, in: Herder Korrespondenz, 60. Jg., Nr. 6., S. 307–311.
- Sozialethische Bewertung der Auswirkungen des SGB II, in: Jugendsozialarbeit aktuell, Nr. 65 (Mai).
- Inklusion – nur eine Wortverschiebung? Professionsethische Anmerkungen zum neuen Paradigma in der Assistenz für Menschen mit Behinderungen, in: Behinderung & Pastoral, Nr. 9, S. 3–12.
- »Deus caritas est« – Sozialethische Anmerkungen zur Antrittszyklika Benedikts XVI. im Blick auf ein prophetisches Diakonat, in: Diaconia, 41. Jg., Nr. 2, S. 79–89.

2005

- Das Widerfahrnis des Todes und die Erfahrung des Sterbens – theologisch-ethische Erkundungen in schwierigem Terrain, in: Andreas Brüning/Gudrun Piechotta (Hrsg.): Die Zeit des

Sterbens. Diskussionen über das Lebensende des Menschen in der Gesellschaft, Berlin, S. 10–32.

- Patientenverfügung und würdevolles Sterben, in: ICEP arbeitspapiere 3/2005, S. 1–12
- Ethik im Konflikt der Überzeugungen. 31. Fachkongress der Internationalen Vereinigung für Moralthologie und Sozialethik 17.–21.09.2003 in Berlin, Freiburg im Breisgau.
- Sittliche Normen und ihre Begründung heute, in: Bernhard Mensen (Hrsg.): Ethische Fragen heute (= Akademie Völker und Kulturen St. Augustin, Bd. 28), Nettetal, S. 25–47.
- Totgelobt – wirkungslos – neu gedacht? Was wird aus der katholischen Soziallehre?, in: Zentralkomitee der deutschen Katholiken (Hrsg.): Leben aus Gottes Kraft. 95. Deutscher Katholikentag 2004. Dokumentation, Bonn, S. 494–500.
- Patientenautonomie bei Nichteinwilligungsfähigkeit, in: Arnd T. May/Ralph Charbonnier (Hrsg.): Patientenverfügungen. Unterschiedliche Regelungsmöglichkeiten zwischen Selbstbestimmung und Fürsorge, Münster, S. 117–125.
- Wie moralisch sind die Grünen?, in: Maria Grammatikopoulos/Rudi Hoogvliet (Hrsg.): Grün. Lob und andere Wahrheiten, Berlin, S. 130–134.
- Begeistern und nehmen, um zu geben. Theologisch-ethische Anmerkungen zum kirchlichen Fundraising, in: Claudia Andrews/Paul Dalby/Thomas Kreutzer (Hrsg.): Geben, Schenken, Stiften – theologische und philosophische Perspektiven, Münster, S. 65–77.
- Gott in Welt. Heilsames und Unheilvolles im Umgang mit psychisch verehrten Menschen, in: Erik Boehlke/Andreas Heinz/Manfred Heuser (Hrsg.): Über Gott und die Welt, Berlin, S. 23–31.
- Soziale Sicherungen im Alter – eine Bestandsaufnahme, in: Rüdiger Runge/Eckhard Nagel (Hrsg.): Wie können wir glauben? Wie wollen wir leben? Wie sollen wir handeln? Deutscher Evangelischer Kirchentag 25. bis 29.05.2005 in Hannover. Dokumente, Gütersloh, S. 423–427.

2004

- Bedeutungen und Bedrohungen menschenwürdigen Sterbens, in: Theodor Bolzenius [u. a.] (Hrsg.): »Ihr sollt ein Segen sein.« Ökumenischer Kirchentag 28. Mai bis 01. Juni 2003 in Berlin. Dokumentation im Auftrag des ÖKT, Gütersloh/Kevelaer, S. 672–676.
- Babyklappe und anonyme Geburt – Ethische Anmerkungen zur Debatte, in: Unsere Jugend 56, Nr. 6, S. 252–255.
- Vom Wandel der Sozialen Arbeit: Was sind unsere ethischen Grundlagen?, in: Stefan Kunz (Hrsg.): Ohne Moos nix los! – Vom Wandel der Sozialen Sicherungssysteme, Bielefeld, S. 28–43 (Reihe Materialien zur Wohnungslosenhilfe, Heft 55).
- Verschieden normal sein, in: Erik Boehlke/Wolfgang Köller (Hrsg.): Der Mensch mit Intelligenzminderung und zusätzlichen Erkrankungen – Auswirkungen auf das Bild vom Menschen, Berlin, S. 8–15.
- Hilfe statt Verwaltung – Wiedereingliederung erwerbsfähiger Arbeitsloser muss oberstes Ziel sein, in: Salzkörner. Materi-

alien für die Diskussion in Kirche und Gesellschaft, 10, Nr. 5, S. 4–5.

Zur Zukunft des Sozialstaates: Ethische Grundsätze sozialer Sicherung, in: Zentralkomitee der deutschen Katholiken (Hrsg.): Berichte und Dokumente 2004, S. 191–213.

Vorträge (in Auswahl)

2007

Christliche Leitungsverantwortung im Spannungsfeld von Diakonie und Ökonomie – ein Problemaufriss, Führungsakademie des Malteser-Ordens »Engagiert führen«, Engelskirchen/Bergisches Land (29.01.).

Von der Normalisierung zur Inklusion – mehr als ein Etikettenschwindel? Sozialethische Anmerkungen zur aktuellen Paradigmen Diskussion, Fachtagung für Leistungserbringer und Leistungsträger in den Stadt- und Landkreisen Baden-Württembergs »Ein neuer Weg entsteht, indem man ihn geht. Weiterentwicklung der Eingliederungshilfe für behinderte Menschen in Baden-Württemberg, Pforzheim (13.02.).

Einrichtungen und Dienste der Caritas als sozialwirtschaftliche Unternehmen – theologisch-sozialethische Herausforderungen, Führungsakademie des DCV und des Instituts für Caritaswissenschaft, Linz/Österreich (09.03.).

Soziale Sicherheit als Ausdruck kulturellen Reichtums, Europäischer Sozialstaatskongress des DGB, Berlin (14.03.).

Öffentliche Verwaltung als Staatsaufgabe? Anmerkungen zum Wechselverhältnis von Staatsethik und Verantwortlichkeiten, 18. Glienicker-Gesprächen der FH Verwaltung und Rechtspflege, Berlin (19.04.–20.04.).

2006

Soziale Arbeit als Menschenrechtsprofession, Neujahrsempfang des Wohnungsversorgungsbetriebs der Stadt Köln und des Internationalen Bundes, Köln (24.01.).

Pastoral im Heute: Vom Umgang mit Orientierungskrisen Jugendlicher, Jahrestagung der Ausländerseelsorge der Deutschen Bischofskonferenz, Mainz (25.01.).

Christliche Ehe – Aufbruch in Zuversicht, Interdisziplinäres wissenschaftliches Symposium der Deutschen Bischofskonferenz und des Zentralkomitees der deutschen Katholiken »Anschnallen und Abheben! Ehe – ein Zukunftsmodell«, Flughafen Köln/Bonn (06.04.).

»O Haupt voll Blut und Wunden« – Gerechtigkeit im Gekreuzigten, Hauptpodium des Katholikentags 2006, Saarbrücken (26.05.).

Katholisches Krankenhaus – ein wirtschaftliche Unternehmen?! – Sozialethische Bemerkungen aus feierlichem Anlass, Festakt des St. Josefs-Krankenhaus der Alexianer-Bruderschaften, Potsdam (29.06.).

Psychisch kranke Menschen – wie und was sie uns angehen. 1. Landespsychiatrietag Baden-Württemberg, Stuttgart (15.07.).

Aufbruch in Zuversicht – Zur Attraktivität der christlichen Ehe, Ferienakademie des Cusanuswerks »Philosophie der Liebe«, Georgsmarienhütte bei Osnabrück (31.08.).

Grundwerte christlich-demokratischer Politik. Sozialethische Anmerkungen zum Entwurf eines neuen Grundsatzprogramms der CDU Deutschlands, Kreisverband CDU Düsseldorf, Düsseldorf (14.09.).

Beteiligung verpflichtet! – Sozialethische Anmerkungen zu Aktivierungsstrategien zivilgesellschaftlichen Engagements, Kooperationstagung von Stiftung Mitarbeit und der Evangelischen Akademie Loccum »Modelle der lokalen Bürger/innenbeteiligung, Loccum (15.09.).

»Deus caritas est«. Sozialethische Anmerkungen zur Antrittsenzyklika Benedikts XVI. im Blick auf ein prophetisches Diakonat, Diakonen-Tag der Diözese Rottenburg-Stuttgart, Ludwigsburg (07.10.).

Soziale Sicherheit im bedrohten Alter. Sozialethische Grundsätze und sozialpolitische Perspektiven, Foro: Nuevos Rumbos para la Seguridad Social en el Peru der Päpstlichen Katholischen Universität Peru, der Caritas Peru, der lateinamerikanischen Sektion der Internationalen Arbeitsorganisation (OIT) im Rahmen des 3. Regionaltreffens »Soziale Arbeit für die Sicherheit älterer Menschen in Lateinamerika und der Karibik« der Caritas International, Lima/Peru (18.10.).

Gerechtigkeit – Solidarität – Barmherzigkeit. Eine theologische Verhältnisbestimmung, 13. Forum Caritas München Schloss Fürstenried, München (17.11.).

Zur rechtlichen Stellung von Patientenverfügungen. Interfraktionelle Anhörung der Kirchenbeauftragten der Fraktionen des Deutschen Bundestags, Berlin (22.11.).

Leben und Sterben in Würde, Einführungsvortrag auf der Herbstvollversammlung des ZdK, Bonn-Bad Godesberg (24.11.).

2005

Patientenverfügung und menschenwürdiges Sterben, Akademie-Tagung »Die Wolfsburg«, Mülheim/Ruhr (05.03.).

Auf welchen ethischen Grundsätzen können wir bei sozialpolitischen Reformvorhaben bauen?, CDA-Mitglieder der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Berlin (16.03.).

Welche Pflichten hat die Gesellschaft gegenüber Menschen mit schweren Behinderungen und ihren Familien? – Menschenrechtsethische Überlegungen zur »Solidarität«, Wissenschaftlicher Beirat des Instituts Mensch, Ethik, Wissenschaft, Berlin (16.03.).

Ethische Grundsätze Sozialer Sicherung, Hintergrundkreis Sozialpolitik des ZDF, Berlin (13.04.).

Soziale Sicherheit im Alter. Eine Bestandsaufnahme, Hauptpodium des 30. DEKT »Vor Sorge. Altern im demographischen Umbruch«, Hannover (27.05.).

»... damit es dir wohl ergehe in dem Lande ...« – Zur Zukunft der sozialen Sicherung, Fachtagung des ICEP und der Katholischen Akademie in Berlin »Bismarck oder Beveridge? Grundlagen und Prinzipien sozialer Sicherung, Berlin (06.06.).

Patientenautonomie im Wachkoma!? Fachtagung der Rheinhessen-Fachklinik Alzey »Patientenautonomie nach schwerer

Hirnschädigung. Ethische Aspekte in der neurologischen Frührehabilitation«, Alzey (21.09.).

Unerwünschte Solidarität? Biopolitik und die soziale Inszenierung von Behinderung, chinesisch-deutsches Symposium der Chinese Academy of Social Science und Misereor »Christliche Soziallehre und ihre Verantwortung für die Gesellschaft«, Peking/China (17.10.).

Der Streit um Patientenverfügungen, Karl-Rahner-Akademie, Köln (17.11.).

Vermarktlichung der Sozialwirtschaft? Franz-Hitze-Haus, Münster (08.12.).

2004

Für eine Kultur der Achtsamkeit. Ethische Anmerkungen zu Theologie und Behinderung, Gastvorlesung an der Kardinal-Stefan-Wyszynski-Universität, Warschau/Polen (20.04.).

Wirtschaft und Gesellschaft in Deutschland. Ethische Anmerkungen zur gegenwärtigen Situation, deutsch-südafrikanische Kirchenkonferenz der Ecumenical Foundation of Southern Africa (EFSA) und der Gemeinsamen Konferenz Kirche und Entwicklung (GKKE) »10 Jahre Demokratie in Südafrika – die Rolle der Kirchen in einer pluralen Gesellschaft, Berlin (05.05.).

Ethische Grundsätze Sozialer Sicherung. Delegiertenversammlung der AGKOD, Bad Honnef (04.06.).

Behinderung und Beratung – zur normativen Kraft soziokultureller Deutungsmuster, Eberhard-Karls-Universität, Tübingen (04.06.).

»Totgelobt – wirkungslos – neu gedacht?« – Was wird aus der Katholischen Soziallehre?, Hauptpodium 95. Deutscher Katholikentag 2004, Ulm (18.06.).

Freiheit – Gleichheit – Gerechtigkeit. Ethische Grundsätze sozialer Sicherung, Hauptausschuss des Familienbundes der deutschen Katholiken, Würzburg (17.09.).

Handlungsfelder der Caritas: Soziale Arbeit zwischen Professionalität und Ehrenamtlichkeit – Berufsethische Anmerkungen, 5. Landessymposium der Caritas in Baden-Württemberg, Stuttgart (06.10.).

Worum geht es bei einem ethisch verantworteten Sozialsystem – Ethische Fundamente sozialer Sicherung. 15. Marienbader Gespräche der Katholischen Akademie Tschechien und der Ackermann-Gemeinde, Stift Tepla/Tschechien (08.10.).

Gott in Welt – Heilsames und Unheilvolles im Umgang mit psychisch verehrten Menschen. Jahreskongress der Deutschsprachigen Gesellschaft für Kunst und Psychopathologie des Ausdrucks (DGPA), Berlin (29.10.).

Armut heute – Provokation Gottes und Herausforderung für Christen, Jahressynode der Evangelischen Kirche Berlin-Brandenburg-Schlesische Oberlausitz, Berlin (05.11.).

Gerechtigkeit und Solidarität als Grundprinzipien der sozialen Sicherung und der sozialen Förderung von Familien, Internationales Symposium der Arbeitsgemeinschaft der deutschen Familienorganisationen »Internationales Jahr der Familie – zehn Jahre danach, Potsdam (15.11.).



Christiane Schraml

geb. 1981, Dipl. Soz.Arb., Wissenschaftliche Mitarbeiterin des Berliner Instituts für christliche Ethik und Politik im Projekt »Den Sozialraum mittels Bürgerplattformen von unten organisieren – Broad-based Community Organizing (CO-Projekte) in ökumenischer Verantwortung«

Aktuelle Arbeitsschwerpunkte

- › Ethik Sozialer Arbeit (insbesondere der Gemeinwesenarbeit)
- › Zivilgesellschaftstheorie

Mitgliedschaften

- › Deutsche Gesellschaft für Soziale Arbeit

Publikation

2007

Community Organizing und die politische Philosophie Hannah Arendts, in: Leo Penta (Hrsg.): Community Organizing. Menschen verändern ihre Stadt. Hamburg, 109–118.

Vortrag

2007

Toleranz und Solidarität konkret: Community Organizing in benachteiligten Stadtgebieten, Forum Sozialethik, Dortmund (10.09.)



Christof Mandry

geb. 1968, Dr. theol., M. A. phil., Gründungsmitglied und nunmehr kooptiertes Mitglied des ICEP, Wissenschaftlicher Angestellter am Max-Weber-Kolleg für kultur- und sozialwissenschaftliche Studien der Universität Erfurt

Aktuelle Arbeitsschwerpunkte

- › Ethik des Sozialstaats (insbesondere Gesundheits-, Pflege- und Bildungssystem)
- › Politische Ethik, insbesondere die Rolle von Werten in Europa
- › Grundlagen und Theorie der Theologischen Ethik
- › Individuelle und kollektive Identität und Ethik
- › Philosophie von Paul Ricœur

Mitgliedschaften

- › Internationale Vereinigung für Moraltheologie und Sozialethik
- › Association des théologiens à l'étude de la morale (ATEM)
- › Akademie für Ethik in der Medizin
- › Societas Ethica
- › Forum Sozialethik (Kommende Dortmund)
- › Guardini Stiftung Berlin
- › Verein zur Förderung der Ethik in den Wissenschaften e.V.

Publikationen (in Auswahl)

2007

Logik der Ethik – Logik der Gabe. Theologisch-ethische Überlegungen, in: Michael Gabel/Hans Joas (Hrsg.): Von der Ursprünglichkeit der Gabe. Jean-Luc Marions Phänomenologie in der Diskussion, Freiburg im Breisgau, S. 234–251.

Bildung und Gerechtigkeit, in: Jochen Berendes (Hrsg.): Autonomie durch Verantwortung. Impulse für die Ethik in den Wissenschaften, Paderborn, S. 215–251.

2006

Baustelle Sozialstaat! Sozialethische Sondierungen in unübersichtlichem Gelände (hrsg. mit Stefan Kurzke-Maasmeier und Christine Oberer) Münster.

Einleitung (mit Stefan Kurzke-Maasmeier und Christine Oberer), in: Dies. (Hrsg.), Baustelle Sozialstaat! Sozialethische Sondierungen in unübersichtlichem Gelände, Münster, S. 7–11.

Normative Sozialstaatsbegründungen, (mit Stefan Kurzke-Maasmeier und Christine Oberer, in: Dies. (Hrsg.), Baustelle Sozialstaat! Sozialethische Sondierungen in unübersichtlichem Gelände, Münster, S. 15–35.

Die Europäische Union als »Wertegemeinschaft« in der Spannung zwischen politischer und kultureller Identität, in: Helmut Heit (Hrsg.): Die Werte Europas. Verfassungspatriotismus und Wertegemeinschaft in der EU?, Münster, S. 284–294.

Recht auf Gesundheitsvorsorge und Befähigungsansatz. Korreferat, in: Michael Schramm/Hermann-Josef Große Kracht/Ulrike Kostka (Hrsg.): Der fraglich gewordene Sozialstaat. Aktuelle Streitfelder – ethische Grundlagenprobleme, Paderborn, S. 127–131.

Aristotelismus/Neoaristotelismus, in: Jean-Pierre Wils/Christoph Hübenthal (Hrsg.): Lexikon der Ethik, Paderborn, S. 17–23.

Gesetz, in: Jean-Pierre Wils/Christoph Hübenthal (Hrsg.): Lexikon der Ethik, Paderborn, S. 121–125.

Schuld, in: Jean-Pierre Wils/Christoph Hübenthal (Hrsg.), Lexikon der Ethik, Paderborn, S. 335–338.

2005

Europa als Werte- und Kulturgemeinschaft (mit Hans Joas), in: Gunnar Folke Schuppert, Ingolf Pernice, Ulrich Haltern (Hrsg.): Europawissenschaft, Baden-Baden, S. 541–572.

Anthropologie und Ethik Sozialer Arbeit angesichts einer »Ökonomisierung des Sozialen« – die Perspektive der Ausbildung, in: Sozialpsychiatrische Informationen 35. Jg., Nr. 4, S. 32–36 (zusammen mit Stefan Kurzke-Maasmeier).

Christliche Sozialethik zwischen Theologie und Philosophie – ein Spagat? in: Axel Bohmeyer/Johannes J. Frühbauer (Hrsg.): Profile. Christliche Sozialethik zwischen Theologie und Philosophie, Münster, S. 87–98.

Theologische Ethik, in: Matthias Maring (Hrsg.): Ethisch-Philosophisches Grundlagenstudium 2. Ein Projektbuch, Münster, S. 30–41.

Macht und Ohnmacht – Freiheit und Ethik. Phänomenologische und ethische Sondierungen, in: Christoph Hübenthal/Werner Veith (Hrsg.): Macht und Ohnmacht. Konzeptionelle und kontextuelle Erkundungen, Münster, S. 51–66.

2004

Europa als Wertegemeinschaft, in: Walter Fürst/Joachim Drumm/Wolfgang M. Schröder (Hrsg.): Ideen für Europa. Christliche Perspektiven der Europapolitik, Münster, S. 121–145 (zusammen mit Dietmar Mieth).

Ausbildung ethischer Kompetenz oder Moralerziehung? Unterschiedliche Erwartungen an das Ethisch-Philosophische Grundlagenstudium (EPG) in der baden-württembergischen Lehrer(innen)bildung, in: Andreas Lob-Hüdepohl (Hrsg.):

Ethik im Konflikt der Überzeugungen (= Studien zur theologischen Ethik Nr. 105), Freiburg im Breisgau, S. 165–180.

Das Ethisch-Philosophische Grundlagenstudium, in: Matthias Maring (Hrsg.): Ethisch-Philosophisches Grundlagenstudium. Ein Studienbuch. Münster, S. 3–14.

The Relationship between Philosophy and Theology in the Recent Work of Paul Ricœur, in: Maureen Junker-Kenny/Peter Kenny (Hrsg.): Memory, Narrativity, Self and the Challenge to Think God. The Reception within Theology of the Recent Work of Paul Ricœur, Münster, S. 63–77.

Jenseits von Jemand? Innere und äußere Grenzen von Identität, in: Jens Badura/Sarah Schmidt (Hrsg.): Niemandland – topographische Ausflüge zwischen Wissenschaft und Kunst, Stuttgart, S. 14–17.

Vorträge (in Auswahl)

2007

Werte und Wertegemeinschaft zwischen Rechtstheorie und Theorie der kollektiven Identität, Max-Weber-Kolleg, Erfurt (23.01.).

Teilnahme am Expertengespräch »Ethisches Lernen in der allgemeinen Erwachsenenbildung« der Katholischen Arbeitsgemeinschaft für Erwachsenenbildung (KBE), Frankfurt am Main (03.05.).

2006

Solidarität in der Europäischen Union, Max-Weber-Kolleg, Erfurt (07.02.).

Solidarität in der EU – ist sie nötig, (wie) ist sie möglich?, Berliner Werkstattgespräch der Sozialethikerinnen und Sozialethiker, Berlin (13.–15.02.).

Werte, Normen, Prinzipien, Vortrag am Max-Weber-Kolleg, Erfurt (06.07.).

Die zweideutige Rede von »Werten« in der Politik – eine Herausforderung für die Ethik, Jahrestagung der Societas Ethica und der Society for the Study of Christian Ethics »Ethics and International Order«, Oxford (25.08.).

Europa als Wertegemeinschaft, Kolloquium des Verbundprojekts »Mobilisierung durch Religion in Europa« der Universitäten Erfurt und Jena und der FH Jena, Erfurt (01.09.).

Recht auf Bildung – Pflicht zur Bildung?, Tagung »Integration, Inklusion und Exklusion«, Forum Sozialethik, Dortmund (11.–13.09.).

2005

Teilnahme als Gesprächspartner am 2. Religionsgespräch der Friedrich-Ebert-Stiftung und der Humanistischen Union »Religionsgemeinschaften in Deutschland, ihre politische Ethik im Kontext der Verfassung«, Berlin (15.01.).

Europa als Wertegemeinschaft – der EU-Verfassungsentwurf als Ausgangspunkt, Max-Weber-Kolleg, Erfurt (17.01.).

Kommentar zu Ulrike Kostka, Berliner Werkstattgespräch der Sozialethikerinnen und Sozialethiker, Berlin (16.02.).

Christliches Europa? Der Beitrag der Kirchen im Wertediskurs. Jahrestagung der Katholischen Erwachsenenbildung im Bistum Magdeburg, Magdeburg (11.05.).

Europa als Wertegemeinschaft – die Frage nach der Identität, Max-Weber-Kolleg, Erfurt (30.05.).

Bismarck oder Beveridge? Grundlagen und Prinzipien sozialer Sicherung, Fachtagung des ICEP und der Katholischen Akademie in Berlin, Tagungsleitung und Moderation der Arbeitsgruppe zur Pflegeversicherung, Berlin (06.06.).

Europa als Wertegemeinschaft in der Spannung zwischen kultureller und politischer Identität, Hannover (08.07.).

Leitung der Arbeitsgruppe »Europa als Wertegemeinschaft«, Ferienakademie des Cusanuswerks »Europa – Identitäten und Institutionen«, Regenstein (27.–28.07.).

Einführung zur Tagung »Baustelle Sozialstaat. Ethische Erkundungen in unübersichtlichem Gelände«, Forum Sozialethik, Dortmund (12.09.).

Expertengespräch der Tagung Ökonomie ohne Menschen? Deutsche Gesellschaft für Soziale Psychiatrie, Berlin (19.09.).

Bundestagung der BAG Wohnungslosenhilfe e. V., »Integration statt Ausgrenzung – Gerechtigkeit statt Almosen«. Podium: Gerechtigkeit und Verantwortung – ausgedient und ausgemustert als politische Leitbegriffe?, Göttingen (21.11.).

Ein partikularer Universalismus – eine europäische Antwort auf die Identitätsfrage als politische Gemeinschaft? Tagung »Die politischen Bedeutungen Europas«, Universität Frankfurt am Main und Nachwuchswissenschaftler-Netzwerk »Penser l'Europe«, Rudesheim am Rhein (25.11.).

Europa als Wertegemeinschaft? Kolloquium von Prof. Dr. Herfried Münkler, Humboldt-Universität zu Berlin, Berlin (13.12.).

2004

Macht und Ohnmacht – Freiheit und Ethik. Phänomenologische und ethische Sondierungen, Forum Sozialethik, Dortmund (06.09.).

Menschenrechte aus christlicher Sicht, Katholisches Forum in Thüringen/Ev. Akademie, »Die Menschenrechte und die Religionen«, Erfurt (12.10.).

Logik der Gabe – Logik der Ethik. Theologisch-ethische Überlegungen, Fachtagung »Ursprünglichkeit der Gabe. Zur soziologischen, phänomenologischen und theologischen Bedeutung des Gabe-Diskurses«, Erfurt (12.12.).

Ausblick

Dr. Axel Bohmeyer, Schwerpunkte ethischer Politikberatung

Professionelle Ethikerinnen und Ethiker können ihre Themenfelder bei ihrer Politikberatung nicht unabhängig von den politischen Akteuren am Schreibtisch erdenken, sondern sollten sich unmittelbar mit den politischen Akteuren auseinandersetzen und mit dem politischen Alltag vertraut machen. Ansonsten besteht die Gefahr, dass sie den Anschluss an die aktuellen, politisch relevanten moralischen Probleme verlieren. Abseits von den medialen Erregungswellen werden auch grundsätzliche moralische Fragestellungen immer wieder auf der Agenda stehen müssen, weil diese oftmals nie abschließend geklärt werden können. Ethische Politikberatung muss deshalb auch immer darauf drängen, dass der Politikbetrieb sich ausreichend Zeit nimmt, sich diesen Themen zuzuwenden.

Das ICEP hat in diesem Bericht über Forschungstätigkeiten und seine ethische Politikberatung informiert. Viele der hier aufgezeigten Themenfelder werden wir auch zukünftig weiter verfolgen. Darüber hinaus wird es darum gehen, noch stärker als bisher mit politischen Akteuren die Frage zu thematisieren, was der eigentliche Kern einer gerechten und guten Pflege ist. Aus der (sicherlich vorläufigen) Beantwortung dieser Frage werden sich dann ethische Herausforderungen ergeben, denen sich die Politik zu stellen hat. An diesem Themenfeld zeigt sich prinzipiell, dass die Reform der sozialen Sicherungssysteme erst begonnen hat und dass die weiteren Reformvorhaben kritisch begleitet

werden müssen. Aus der Perspektive einer christlich-ethischen Politikberatung stellt sich die drängende Frage, ob das Solidaritätsprinzip innerhalb der sozialen Sicherungssysteme eine entscheidende ethische Größe ist oder ob die Privatisierung von Lebensrisiken in den Vordergrund gestellt wird. Über den nationalen Kontext hinaus ist damit auch die Frage nach den verschiedenen Dimensionen europäischer Sozialstaatlichkeit angesprochen: Aufgabe der ethischen Politikberatung ist es, die sozialen Dimensionen des politischen Projekts Europa zu thematisieren und die Diskussionen über die normativen Grundlagen eines europäischen Sozialstaats kritisch-reflexiv zu begleiten. Es ist zudem die Frage zu stellen, was überhaupt die legitimen Aufgaben des Staates sind, die er nicht von der öffentlichen in die private Sphäre hineinverlagern kann.

Die Diskussion um die Auswirkungen des Klimawandels muss aus gerechtigkeits-theoretischer Perspektive ausgeweitet werden. Es geht darum, die Konsequenzen des Klimawandels im globalen Kontext wahrzunehmen. Dazu gehört insbesondere auch die Armutsmigration als eine Folge. Mit der Migration ist ein weiterer Schwerpunkt der ethischen Politikberatung markiert. Die Integration von Menschen mit Migrationshintergrund steht derzeit ganz oben auf der Agenda der politischen Akteure. Auch in ethischer Hinsicht sind die Herausforderungen mannigfaltig und der politische Meinungsbildungsprozess ist noch lange nicht abgeschlossen. Das ICEP wird sich

dafür einsetzen, dass diese Themen nach dem Abflauen der massenmedialen Aufmerksamkeit nicht an Dringlichkeit verlieren, sondern weiter verfolgt werden.

Wir hoffen, dass wir den politischen Akteuren mit unserer ethischen Politikberatung nachvollziehbare Argumente liefern und möchten dazu beitragen, das Reflexionsniveau öffentlicher Diskurse zu steigern. Das ICEP möchte auch in Zukunft auf die politische Willensbildung und Entscheidungsfindung Einfluss nehmen, indem wir die verschiedenen moralischen Positionen im Dickicht der öffentlichen Meinung sichten, die konkurrierenden Alternativen ordnen und mit diesen verschiedenen Positionen in ein Gespräch kommen.

Anfragen an das ICEP

Das ICEP und seine Mitarbeiter können im Rahmen der beschriebenen Themenschwerpunkte für Stellungnahmen, Expertisen, Vorträge und Referenten- und Beratungstätigkeiten angefragt werden. Bitte nehmen Sie Kontakt mit uns auf.

ICEP Newsletter

Das ICEP informiert in Form eines E-Mail-Newsletters regelmäßig über aktuelle Themen, Projekte, Veröffentlichungen und Veranstaltungen des ICEP und andere Neuigkeiten im Bereich der christlichen Sozialethik.

Für Neuanmeldungen sowie für Änderungen der E-Mail-Adressen oder Abbestellungen des Newsletters senden Sie bitte eine E-Mail mit einem entsprechenden Hinweis an

› info@icep-berlin.de

Ethische Fallbesprechungen und Ethikkomitees in Einrichtungen der Pflege

Der Nutzen zunehmender medizinischer Differenzierung und Intervention ist insbesondere mit Blick auf Lebenserwartung und Lebensqualität hochbetagter pflegebedürftiger und sterbender Menschen oft schwierig zu bewerten. Moralische Dilemmata finden sich auch in ambulanten Settings oder in (teil-)stationären Einrichtungen der Pflege. Strukturelle Mängel können die Geltung fundamentaler Grundrechte von pflegebedürftigen einschränken. Wie aber lassen sich die normativen Ziele einer guten pflegerischen Versorgung, nämlich Selbstbestimmung, körperlich-seelische Unversehrtheit, sowie Möglichkeiten zur Information, Aufklärung und Kommunikation erreichen? Das ICEP bietet im Rahmen von Vorträgen und Workshops Beratung und Weiterbildung zur Implementierung ethischer Reflexionsformen in den Stationsalltag; es begleitet die Einrichtung von Ethikkomitees und

Leitbildprozessen und unterstützt Rat suchende Personen in einer Konfliktsituation durch das Angebot einer interdisziplinären ethischen Fallbesprechung. Ziele des jeweiligen Angebots sind die Stärkung ethischer Urteilsfähigkeit, die Konkretisierung von Verantwortung und die Weiterentwicklung von Qualitätsmaßstäben und ethischen Leitlinien.

Online-Bibliografie »Ethik und Soziale Arbeit«

Das ICEP baut auf der Basis des wissenschaftlichen Literaturverwaltungsprogramms WinIBW kontinuierlich eine Online-Bibliografie auf, die den Zugang zu Forschungsliteratur insbesondere in den Bereichen Ethik Sozialer Arbeit und Ethik der Heilpädagogik erleichtern soll. Die Online-Datenbank ist verbunden mit dem gemeinsamen Bibliotheksverbund (GBV). In der Literaturdatenbank befinden sich v. a. Artikel und andere unselbstständige Werke zu ethischen Fragen der Sozialen Arbeit und der Heilpädagogik sowie Richtlinien, Stellungnahmen oder Positionspapiere zu einschlägigen Themengebieten. Es handelt sich um eine Nachweis-Bibliographie. Dies bedeutet, dass zwar auf einen großen Teil, aber nicht auf alle nachgewiesenen Titel in der KHSB-Bibliothek, im ICEP-Bestand oder in Form von PDF-Dateien zugegriffen werden kann. Das ICEP ist sehr interessiert an einer Erweiterung des Datenbestands. Wir freuen uns über die Zusendung von Literaturhinweisen oder Bibliographien aus dem Themenfeld Ethik und Soziale Arbeit. Hinweise senden Sie bitte an

› info@icep-berlin.de

Impressum

ICEP · Berliner Institut für christliche Ethik und Politik
Geschäftsführer:
Dr. Axel Bohmeyer (V.i.S.d.P.)

Kontakt

Köpenicker Allee 39–57
10318 Berlin

Telefon +49 – (0)30 – 50 10 10–913
FAX +49 – (0)30 – 50 10 10–932

info@icep-berlin.de
www.icep-berlin.de

Layout & Satz

Norbert Poppe | transformhaus.de

Druck

Union Sozialer Einrichtungen gGmbH
Printing HOUSE

Bildnachweis

Deutscher Bundestag/Lichtblicke – Andi Hill Seite 10 und Achim Melde Seite 11
Fotolia.de – Seite 13,14,17,19
Norbert Poppe – Seite 5, 15, 18, 20 und 21–29